

# Breslauer



# Zeitung

No. 181.

Mittwoch den 2. Juli

1851.

**Inhalt.** Die Abstimmung der schlesischen Abgeordneten zur zweiten Kammer 1850—51. — **Preußen.** Berlin. (Amtliches). — Berlin. (Aehnlichkeit der jetzigen Situation mit der vor 1848. Stellung der einzelnen Minister zu den ständischen Reaktivirungen; Hoffnungen und Befürchtungen für die Zukunft daraus) — Berlin. (Das kirchliche Leben. Vergiftungsfall.) — Berlin. (Kreis- u. Provinzial-Vertretung) — (Die Regierung und die Kreuz-Zeitung) — (Die Erbfolge- und die Grenzregulierungs-Angelegenheit in Schleswig-Holstein.) — Berlin. (Hof- u. Personal-Nachrichten.) — Berlin. (Zur Tages-Chronik.) — (Die deutsche Flotten-Angelegenheit.) — Danzig. (Der Gemeinderath beschließt ein Mißbilligungs-Votum gegen das Ministerium.) — Köln. (Die Einschätzungs-Kommission.) — **Deutschland.** Frankfurt. (Metternich. Sitzung des Bundestages.) — München. (Ein Besuch des Kaisers von Oesterreich in Aussicht.) — Würzburg. (Hausfuchung.) — Nürnberg. (Konfiskationen.) — Stuttgart. (Anträge der staatsrechtlichen Kommission.) — Dessau. (Vertagung des Landtages.) — Hannover. (Kammer-Verhandlungen.) — Kopenhagen. (Staatsrath.) — **Oesterreich.** Wien. (Tagesbericht.) — (Militärische Exekution gegen die Gemeinde Slaventyn in Galizien.) — Mailand. (Ein politischer Mord.) — **Frankreich.** \*\* Paris. (Verwerfung des Beuve'schen Antrags.) — **Schweiz.** Bern. (Nachtrag zu dem letzten Bericht über einen tragischen Vorfall.) — Zürich. (Münzreform.) — **Italien.** Florenz. (Bedenkliche Stimmung.) — **Großbritannien.** London. (Parlaments-Verhandlungen.) — **Spanien.** Madrid. (Einberufung der portugiesischen Cortes.) — **Provinzial-Zeitung.** Breslau. (Polizeiliche Nachrichten.) — Breslau. (Kirchlich-Merkwürdiges.) — Aus der Provinz. (Feuersbrünste.) — Jauer. (Mercantilistisches, Kirchliches.) — **Wissenschaft, Kunst und Literatur.** Die neuen Gespräche aus der Gegenwart. — **Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.** Breslau. (Bekanntmachung des Amtsblattes.) — Breslau. (Schwurgericht.) — Jauer. (Schwurgericht.) — Eine bevorstehende Veränderung in der Justiz-Verwaltung. — **Handel, Gewerbe und Ackerbau.** Breslau. (Produkten-Markt) — Breslau. (Plenar-Sitzung des Gewerberaths.) — Breslau. (Konsulats-Berichte.) — Hinblick auf den Stand des Getreides in dem Großherzogthum Posen. — Berlin. (Patent.) — Der schweizerisch-sardinische Handels-Vertrag. — Mittel zur Konservirung des Holzes. — Bericht aus der großen Industrie-Ausstellung. — Flachs-Garn-Spinnerei zu Landeshut. — **Männigfaltiges.**

## Telegraphische Nachrichten.

**Hamburg, 30. Juni, Nachm. 2 Uhr 30 Min.** Die Bürgerschaft hat das ihr vorgelegte Verfassungsgesetz verworfen.

**Hamburg, 30. Juni, Nachm. 2 Uhr 30 Min.** Weizen, nominell. Roggen, flü. Del, 21 1/4.  
(Die heutige fällige Depesche aus Frankfurt a. M. ist noch nicht eingetroffen.)  
(Berl. Bl.)

**Athen, 22. Juni.** Die Kammeropposition wächst. Der Senat hat ein Fabelsvotum gegen das Ministerium einstimmig angenommen.

**Florenz, 27. Juni.** Mit dem Livorneser Bauhause Bastogi ist ein hypothecirtes Anlehen im Betrage von 12 Mill. Lire abgeschlossen worden.

## Die Abstimmungen

der schlesischen Abgeordneten zur zweiten Kammer 1850—51.

(Erster Artikel.)

Wir haben in Nr. 173 dieser Zeitung vom 24. Juni eine Uebersicht der wichtigsten namentlichen Abstimmungen der schlesischen Abgeordneten zur zweiten Kammer in der Sitzung von 1850—1851 gegeben und knüpfen daran einige übersichtliche Erläuterungen, um die Stellung der Parteien der Kammer, wie sie sich bei den schlesischen Abgeordneten zeigt, noch deutlicher hervortreten zu lassen. Wir wählen dazu die Bezeichnung Majorität für die Partei des Ministeriums, Minorität für die Opposition. Die Bezeichnungen der Rechten und Linken, aus Tagen, in denen die Wogen höher gingen, ferner Konstitutionelle, Liberale, Konservative u. s. w. würden hier weniger geeignet oder doch weniger scharf bezeichnend, jedenfalls nicht so bestimmt und unzweideutig für die jetzige Lage der Parteien sein, als die Benennung Majorität und Minorität, welche übrigens auch für keinen Theil an sich etwas Verlegendes hat, indem sie nur etwas unzweifelhaft Thatsächliches bezeichnet. Immerhin wird es für viele Bewohner unserer Provinz von Interesse sein, einigermaßen übersichtlich zu sehen, wie und in welchem Sinne die Abgeordneten derselben gestimmt haben. Die Wähler werden daraus entnehmen, in wie fern der Gewählte ihren Ansichten entsprochen habe oder nicht. Jedenfalls dürfen die Wähler nie vergessen, daß sie dem gesammten Lande für ihre Wahlen eben so verantwortlich sind, wie die Abgeordneten, und daß sie insgesamt die Verantwortlichkeit für das übernommen haben, was von den Kammern gethan oder unterlassen worden ist. Was nun die 65 Abgeordneten Schlesiens angeht, deren Abstimmungen seit ihrem Eintritte und vor ihrem theilweisen Abgange vor uns liegen, so befanden sich unter diesen 38 Abgeordnete der Majorität oder ministerielle und 27 der Minorität oder der Opposition.

Wesentlich ohne Ausnahme mit dem Ministerium stimmten die Herren: Bergmann-Neisse, Bernuth, Blümel, Bormann, Bothe, Durand, Ende, Erdreich, Falk, Gilgenheim, Gobbin, Hippel, Jordan, Kleist-Moholz, Klübow, Kölichen, Merck, Monts, Nippe, Poninski, Herzog v. Ratibor, Renard, Schelha, Schwarz, Steinbeck, Stolberg, Strachwitz, Uechterich, Wallenberg, Walter, Zedlitz, Zietzen, mit geringen Ausnahmen: Berndt-Slogau, Götz, John, Delsner, Pratsch und Röhrich.

Von der Minorität stimmten am entschiedensten gegen das Ministerium die Herren: Berndt-Rimpfisch, Canis, Dyben, Fliegel, Gorzalka, Klose, Kolbe, Langer, Maske, Robe, Schöpplenberg, Schwiedler, Stenzel, Tellkamp und Wenzel, dann Hoffmann, Nichthofen-Ratibor und Nichthofen-Striegau, bei weitem größtentheils Bergmann-Bohlau, Grenzberger, Kleinwachter, Möcke, Nawe, Nichtsteig, Schmidt-Dppeln und Welzer und meistens auch Haupt.

Im Allgemeinen ergibt sich aus den namentlichen Abstimmungen und noch mehr aus den Abstimmungen durch Aufstehen und Sitzenbleiben, daß die Minorität durchaus keine systematische Opposition gegen das Ministerium, das heißt nur solche machte, welche durchweg gegen alle ministeriellen Vorlagen stimmte, weil sie ministeriell waren, sondern daß sie lediglich im Auge hatte, was sie dem Wohle des Landes für angemessen hielt, es mochte kommen, woher es wolle. Deshalb stimmte sie öfters für die Vorlagen des Ministeriums z. B. für das neue Kriminalgesetzbuch. Auch in der 57ten Sitzung über den Antrag, daß die Darlehnskassen am 31. Dezember 1852 aufgelöst werden sollten, stimm-

ten alle Schlesier ohne Ausnahme mit dem Ministerium. Es ergibt sich ferner, daß im Ganzen die Majorität, nemlich 32, weit geschlossener für das Ministerium stimmte, als die Minorität gegen dasselbe; das zeigte sich namentlich bei entscheidenden Fragen gegen das Ministerium, z. B. dem Vincke'schen Antrage in der 38sten Sitzung: einen Ausschuss zur Untersuchung der Lage des Landes niederzusetzen, was mit 229 Stimmen gegen 41 verworfen wurde. Von sämmtlichen Schlesiern stimmten dabei nur 8 mit der Minorität.

Es ist bekannt, wie unwillig die gesammte Mehrheit der Kammer gleich nach ihrem Zusammentritte über das Verfahren war, welches das Ministerium Oesterreich gegenüber beobachtet hatte, indem es das Heer kriegsfertig machte, dennoch aber Hessen, Holstein und die Union aufgab. Um nun das Ministerium durch die Verhandlung über eine Adresse, welche die Lage Preußens und die Politik des Ministeriums offen dargelegt haben würde, nicht in Verlegenheit zu setzen, wurde von den nach ihrer Vertagung wieder zusammengetretenen Kammern am 7. Januar über diese gesammte Angelegenheit mit 146 Stimmen gegen 142 zur Tagesordnung übergegangen. Die gesammte Minorität der Schlesier, von der Majorität aber nur John, stimmten gegen diese Tagesordnung.

Als die Kammer darauf in der 59sten Sitzung mit 166 gegen 106 Stimmen erklärte, daß die früher zu Kriegszwecken (zur Aufrechterhaltung der Union) bewilligten 18 Millionen Thaler ihrer Bestimmung gemäß verwendet worden seien, nachdem nemlich die Union aufgegeben worden war, und dazu noch 11 1/2 Millionen außerdem bewilligte, stimmte die gesammte Majorität der Schlesier mit dem Ministerium, die gesammte Minorität gegen dasselbe.

Das Ministerium hatte am 12. November 1850 eine Verordnung über Kriegszwecken erlassen, zu deren theilweisen Vergütung verzinsliche Bonds ausgestellt werden sollten und ausgestellt wurden. Das verließ nach der Ansicht der Minorität gegen das Staatsschuldengesetz vom 17. Januar 1820: daß kein Staatsschuldendokument ohne Zustimmung der Reichsstände kreirt werden solle, ferner gegen das Patent vom 3. Febr. 1847, welches verordnet, daß wenn im Kriegsfalle die Einberufung des vereinigten Landtages unmöglich sein sollte, die ständische Mitwirkung zur Beschaffung des außerordentlichen Geldbedarfs durch Zuziehung der ständischen Deputation für das Staatsschuldenswesen zu ersetzen sei, endlich verließ es vorzüglich gegen den Artikel 103 der Verfassung: „die Aufnahme von Anleihen für die Staatskasse findet nur auf Grund eines Gesetzes statt.“ Dasselbe gilt von der Uebernahme von Garantien zu Lasten des Staates. Die Regierung hatte nun doch, wie die Minorität meinte, eine solche Garantie übernommen und eine Staatsschuld kontrahirt, insofern die mit vier Prozent zu verzinsenden Bonds Staatsschuldendokumenten gleich waren. Das Ministerium stützte sich auf § 63 der Verfassung, im Nothfall insofern die Kammern nicht versammelt wären, unter Verantwortlichkeit des Staatsministeriums Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwiderliefen, mit Gesetzeskraft zu erlassen. Wenn nun das ausnahmsweise und provisorisch auch dem Ministerium gesetzgebende Befugnisse verlieh, so gab es ihm damit doch nicht zugleich das Recht, Schulden für den Staat zu machen und Garantien zu übernehmen, deren Verzinsung und Tilgung dem Staate Lasten auflegte. In keinem Falle aber sollten solche Verordnungen der Verfassung zuwiderlaufen, was bei der Verordnung vom 12. Nov. 1850 doch der Fall war. Außerdem hätte man ja auch die Kammern zur rechten Zeit einberufen können, um ihnen die nöthigen Gesetze vorzulegen, und es ist gar nicht bewiesen worden, daß das nicht gut möglich gewesen. Die Annahme der Vorlagen würde dann nicht zweifelhaft gewesen sein. Das alles war ziemlich unwiderleglich, dennoch wurde der Antrag der Minorität, daß der Erlass vom 12. Nov. 1850 der Verfassung zuwiderlaufe, in der 46. Sitzung mit 159 gegen 105 Stimmen verworfen. Von der Minorität der Schlesier stimmten Bergmann, Bohlau, Haupt, Möcke und Nichtsteig mit der Majorität. Sogar die Dringlichkeit wurde auf den Antrag von Götz mit 154 gegen 108 Stimmen anerkannt. Von der Minorität stimmte dabei allein Haupt mit der Majorität.

Die Minorität protestirte daher gegen den § 13 des neuen Gesetzes über Kriegszwecken und deren Vergütung, weil sie denselben als unvereinbarlich mit der Verfassung ansah.



Durch den Erlaß der Presseverordnung vom 5. Juni 1850 hatte das Ministerium nach der Auffassung der Minorität den Artikel 27 der Verfassung verletzt. Dieser bestimmt zur Erhaltung der Pressefreiheit, daß die Censur nicht dürfen eingeführt werden, jede andere Beschränkung nur im Wege der Gesetzgebung. Man hatte nicht die Absicht gehabt, daß auch einseitige Verordnungen des Ministeriums die freie Presse sollten beschränken dürfen, und wenn die Regierung sich auf den Artikel 63 der Verfassung stützte, so konnte bei diesem Erlaß weder die Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit noch die Beseitigung eines ungewöhnlichen Nothstandes vorgewendet werden, und nur unter diesen Bedingungen durfte das Ministerium einseitige Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen. Veranlassung zu der Verordnung vom 5. Juni 1850 gab bekanntlich die schreckliche That des wahnsinnigen Sefeloge. Es wurde durch diese Verordnung der Betrieb der Presse fast ganz der Willkür der Verwaltung anheimgegeben. Das Ministerium legte auch nicht, wie Artikel 63 der Verfassung vorschreibt, die Verordnung sogleich bei der Eröffnung der Kammern vor, sondern erst bei der Wiedereröffnung und zwar zugleich mit einem Gesetzentwurf, der an die Stelle der Verordnung treten sollte, allein der ersten Kammer vor. Der Antrag Simons auf Vorlegung der Verordnung in der zweiten Kammer wurde auf Antrag Geyers von 166 gegen 127 Stimmen verworfen, wobei Haupt, Naewe und Welzer mit der Majorität stimmten. Dennoch war es dem Ministerium nicht möglich, die Dringlichkeit der Verordnung als zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung oder Beseitigung eines ungewöhnlichen Nothstandes nachzuweisen, weshalb sie auch von 126 gegen 120 Stimmen verworfen und damit die Ungesetzlichkeit derselben von den Kammern anerkannt wurde. Freilich war das ohne alle Wirkung, indem diejenigen, welche in solchen hier sehr wichtigen Fällen die Mehrheit gegen das Ministerium bildeten, die schwankende Mittelpartei Bodelschwingh-Geyert übrigens in allen wichtigen Punkten mit demselben Ministerium stimmte, über welches so gelegentlich scheinbar züchte und schalt.

**Breslau, 1. Juli.** [Zur Situation.] Der gestern von einem unserer geschätzten Berliner Korrespondenten signalisirten Ministerkrise wird heute auch von anderer Seite her Erwähnung gethan. Man scheint jedoch das Aut-ut der Kreuzzeitungs-Partei endlich in seiner für Preußens historische Mission so höchst bedenklichen Bedeutung begriffen zu haben und ihren kühnen Griffen nach der „Charte Waldeck“ Einhalt thun zu wollen.

Denn ohne auf die Invektiven, welche heute wieder das C. B. gegen die Kreuzzeitung schleudert, allzu großes Gewicht zu legen, müssen doch die von der Königl. Ztg. citirten Worte Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen, wenn sie eben von dem Berichterstatter ihrem wahren Sinne nach aufgefaßt und demgemäß wiedergegeben wurden, in dieser Beziehung schwer ins Gewicht fallen.

Es scheint denn doch, als habe die Partei über ihr Ziel hinausgeschossen oder vielmehr sich nicht dicht genug in den Schleier einer Loyalität, welche über-royalistisch auftreten wollte, gehüllt, um nicht die sehr begreiflichen Motive des Partei-Interesses durchblicken zu lassen.

Wir wollen indes keine vorzeitigen Hoffnungen an die wohl unzweifelhaft eingetretene Krise knüpfen.

Bei der unzweideutig anerkannten Solidarität der großen Mächte ist ein Systemwechsel in einer oder der andern Staate nur nach Maßgabe des individuellen Interesses kaum zulässig.

Hat doch selbst England den maßgebenden Einfluß jener konservativen Verbrüderung nicht von sich abhalten können; und noch dieser Tage wies die Times in einem Leitartikel triumphirend darauf hin, wie Palmerston seit Jahresfrist aus allen seinen Positionen gedrängt und zu einem Trabanten in dem Sonnensystem der russischen Politik geworden sei.

„Trotz der Bethuerung Lord John Russell's — bemerkt die Times — daß die Regierung kein Jota in ihrer Politik ändern werde, hätten alle Beziehungen seines Kabinetts zu dem Auslande seit jener Zeit den Beweis geliefert, daß man von ganz neuen Grundsätzen und Ansichten ausgehe. England habe sich wieder in inniges Verständniß mit Rußland, Oesterreich und Frankreich gesetzt, den Entwürfen Preußens seine Mitwirkung versagt, Lord Westmoreland von Berlin nach Wien versetzt und Lord Conroy bei dem reaktivierten Bundestage akkreditirt. Zum erstenmal seit der Thronbesteigung Franz Josephs habe ein Austausch von Höflichkeiten zwischen Wien und London stattgefunden und in den Verhandlungen über die dänische Erbfolge herrsche die erfreulichste Harmonie zwischen den vier Hauptmächten.“

Hat doch auch Herr Thiers sich nicht enthalten können, in seiner Vertheidigung nicht des Schutzoll-, sondern des Prohibitiv-Systems mit den beiden großen, Zukunft vollen Staaten: Rußland und Oesterreich, zu kokettiren. Herr Thiers hat übrigens durch seine Rede den St. Beuveschen Antrag todt gemacht, dermaßen, daß man nicht einmal für Inbetrachtung desselben gestimmt hat.

Auch wir sind nicht Anhänger des Freihandels-Systems, aber jene schroffe Abweisung des Antrages Seitens der französischen Legislative hat so sehr den Charakter einer feindseligen Abgeschlossenheit gegen Alles, was Reform heißt, daß sie für einen Sieg des einen Systems über das andere nicht gelten kann und auch von der französischen Presse in der Weise nicht betrachtet wird.

## Preußen.

**Berlin, 30. Juni.** [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Professor Preuß in Berlin den rothen Alerorden dritter Klasse mit der Schleife zu verleihen; den Rechnungsrath v. Mauderode im Finanzministerium zum geheimen Rechnungsrath zu ernennen.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Adalbert von Baiern ist nach Dresden abgereist.

Se. Königliche Hoheit der General-Lieutenant und Kommandeur der 1. Garde-Kavallerie-Brigade, Prinz August von Württemberg, und Se. Hoheit der Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz, sind von Neu-Strelitz hier eingetroffen.

Angelommen: Se. Excellenz der General der Kavallerie und Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken, v. Wrangel, von Brandenburg.

Das 24ste Stück der Gesessammlung enthält unter Nr. 3412 das Statut des Stadiger Deichverbandes; vom 4. Juni 1851.

**Berlin, 30. Juni.** [Aehnlichkeit der jetzigen Situation mit der vor 1848, Stellung der einzelnen Minister zu den ständischen Reakti-

virungen, Hoffnungen und Befürchtungen für die Zukunft daraus.] Die gegenwärtige Krise unserer Verfassungs-Verhältnisse in ihren Rückwirkungen für das im Volke lebende Rechtsbewußtsein darzustellen, wäre ein nicht unwichtiger Beitrag der Tagesgeschichte; wir überlassen diese Aufgabe anderen, zumal sich dieselbe schwerlich in den Raum eines Zeitungs-Artikels zusammendrängen läßt. Wohl aber mag es uns vergönnt sein, historisch an die Aehnlichkeit zu erinnern, welche die gegenwärtige Lage mit derjenigen hat, welche dem gewaltthätigen Ausbruche des Jahres 1848 vorherging. Männer, welche es mit ihrem Vaterlande wohl meinten, erklärten damals offen und unumwunden: es sei nur zweierlei möglich, entweder man wolle eine Verfassung dem Lande geben, dann möge man es frei und offen thun, denn dann habe man es in der Hand, eine gemäßigte, ruhig erwogene Konstitution dem Volke zu verleihen, und werde das ganze Verdict der Gabe für sich haben; oder, wolle man dies nicht, wolle man es bei der bisherigen Regierungsform lassen, dann dürfe man nicht Dinge unternehmen, wie z. B. die Zusammenberufung des vereinigten Landtages, welche in nothgedrungener Folge zu einer Konstitution hindrängten, und wo man schließlich die Grenze der Gabe zu bestimmen nicht mehr in seiner Macht habe. Man überhörte damals diese zahlreich vernehmbaren wohlgemeinten Stimmen, und hat die selbst verschuldeten Folgen somit zu tragen gehabt. Ganz ähnlich liegt die Sache jetzt wiederum: Alle, denen jetzt darum zu thun ist, die drohenden traurigen Schicksale nochmals abzuwenden, rufen warnend auch jetzt wieder: entweder man will die Verfassung, die man gegenwärtig vielleicht bereits als etwas Abgebrungenes ansieht, aufheben, dann thue man es ehrlich und offen, denn dann wird man wenigstens eine, und zwar eine immerhin mächtige Partei im Lande entschieden für sich haben; oder will man sie bestehen lassen, nun dann thue man nicht Schritte, welche den Glauben erregen, daß man das Gegentheil beabsichtige, wenn auch nicht direkt.

Zu diesem in dem ganzen Sachverhältniß liegenden Zerwürfniß kommt nun, um die Situation noch gefahrvoller zu machen, auch eine Uneinigkeit zwischen den dirigirenden Persönlichkeiten selbst. Sind wir recht unterrichtet, und wir glauben es zu sein, so besteht ebenso eine Verschiedenheit der Ansichten über die nächsten zu thunenden Schritte zwischen dem Könige und dem Ministerium, wie zwischen den einzelnen Ministern selbst. Herr v. Manteuffel hält bis jetzt noch an der Ansicht fest, wie wir sie noch neuerdings in der „Preuß. Ztg.“ vertreten fanden, daß die Wiederbelebung der Kreis- und Provinzial-Vertretungen eben nur eine provisorische Maßregel sein und bleiben solle, die mit allen Accidencien wieder fortfällt, sobald der vorübergehende Grund erfüllt ist, und zwar hat er, was wir gern anerkennen wollen, diese Ansicht offen im Staatsministerium hervorgekehrt und vertreten. Zurückhaltender, abwartender verhält sich schon der Minister des Innern, Herr v. Westphalen; er scheint wenigstens abgeneigt, weitere Konsequenzen aus dem von ihm zuerst gethanen Schritte zu ziehen. Offen nach der anderen Seite hinüber drängt endlich Herr v. Raumer, der geradezu verlangt, die früheren ständischen Institutionen wieder bleibend ins Leben zu rufen. Hierzu kommt endlich eine vierte Partei, und diese zählt vornehmlich am Hofe zahlreiche Anhänger, die des Glaubens lebt, daß die Stände, wenn nur erst einmal wieder, selbst bloß provisorisch ins Leben gerufen, schon selbst die Mittel und Wege an die Hand geben werden, das Provisorium in ein Definitivum umzuwandeln. Und wenn wir die Situation richtig beurtheilen, so hat diese letzte Annahme viel für sich, denn daß die altständische Partei nicht nachzugeben gesonnen ist, sondern den ihr einmal dargebotenen archimedischen Punkt, um unsere jetzigen Verfassungs-Verhältnisse aus den Angeln zu heben, zu nutzen wissen wird, bekundet deutlich die Haltung des Organs dieser Partei, der „Neuen Preussischen Zeitung.“ Ist die Existenz der Stände überhaupt einmal anerkannt, wie dies jetzt vom Ministerium geschieht, so haben dieselben damit offenbar auch die Berechtigung wieder erhalten, nachzufragen, ob man sie ohne ihre Zustimmung überhaupt hat aufheben können: kurz, wir sehen als eine fast notwendige Konsequenz des von dem Ministerium gethanen Schrittes die Anstrengung einer Klage ganz nach Analogie der mecklenburger voraus, und sind über das schließliche Resultat gar nicht im Unklaren.

Wie haben endlich aus unsern obigen Darlegungen noch eine fernere Schlussfolgerung zu ziehen: Nach dem, was wir über die Stellung der einzelnen Minister zu der in Rede stehenden Frage oben sagten, erhellt, daß zwar bis jetzt, so lange die Maßregel eine provisorische bleibt, noch eine Solidarität der Verantwortlichkeit des ganzen Ministeriums für den Schritt des einzelnen Ministers, des Herrn von Westphalen besteht, daß aber, sobald man weitere Konsequenzen daraus ziehen wollen, leicht innerhalb des Ministeriums selbst eine Divergenz der Ansichten und damit eine Ministerkrise eintreten dürfte. Es mag hiermit eine Version zusammengehalten werden, die heute über die Gründe der schleunigen Rückkehr des Grafen Arnim-Bohnenburg umhergetragen wird. Nicht vom Ministerium gerufen, um demselben mit seinem Rath zur Seite zu stehen, sei er gekommen, sondern auf die Aufforderung seiner politischen Freunde, welche die Zeit als nahe bevorstehend ansehen, wo er die unklare Stellung des jetzigen Ministeriums zu rektifiziren berufen sein dürfte. Kurz, von welcher Seite man auch die letzten Schritte des Ministeriums betrachten mag, dieselben bergen überall das Schicksal unserer nächsten Zukunft in ihrem Schooße.

**Berlin, 30. Juni.** [Das kirchliche Leben. — Ein Vergiftungsfall.] Am Frohnleichnamstage sammelten sich etwa 1000 Mitglieder der hiesigen katholischen Gemeinde in Moabit, und zogen, von dem Kaplan Bawreczko geführt, in feierlicher Prozession nach Spandau. Voran gingen die Knaben und Mädchen, Frauen und Jungfrauen folgten, und die Männer und Jünglinge schlossen den Zug. Die Kirche in Spandau fand der Zug hell erleuchtet. Der Probst Pellgram bestieg die Kanzel, worauf der Pörsparfer Hr. Hanel unter Assistenz des Kaplans Bawreczko das Hochamt hielt. Auch der katholische Geistliche Hr. Eisner aus Luckenwalde assistirte. In den Straßen der Stadt waren Altäre errichtet, zu welchen sich nach der beendeten Kirchenfeier die Gemeinde begab. Am Mittag ward die Feier geschlossen. Grenadiere vom Kaiser-Franz-Regiment und ein Unteroffizier trugen bei den Umzügen die Fahnen.

Dem Probst der katholischen Gemeinde, Hr. Pellgram, wurde am Vorabende der Frohnleichnamstage von mehreren hiesigen Damen ein von 69 weiblichen Mitgliedern der Gemeinde sehr sorgfältig gestickter Teppich überreicht, der fortan bei feierlichem Gottesdienst die Stufen des Hochaltars decken soll. Zugleich mit dem Teppich überreichten sie eine sehr zierlich geschriebene Schenkungsurkunde, welche mit den Namen der sämmtlichen Schenkgeberinnen unterzeichnet ist.

Bei Gelegenheit der neulich in der Louisekirche stattgefundenen Jahresfeier der Gesellschaft zur Verbreitung des Christenthums unter den Juden berichtete der englische



**Prediger Akerst** über die Wirksamkeit dieser Mission in London u. A. die Thatsache, daß in einer einzigen Kirche Londons mehrere hundert Juden getauft worden sind. — Bei dem am Mittwoch der verfloffenen Woche stattgehabten Jahresfeste der Heidenmissions-Gesellschaft in der Parochialkirche gab der Inspektor des hiesigen Missions-Seminars Pastor Mühlmann einen auch für das wissenschaftliche Interesse sehr anregenden Bericht über die evangelische Mission in Indien, China und Afrika.

In der in der vorigen Woche stattgehabten Sitzung der Gesellschaft für wissenschaftliche Medizin wurden 2 Personen vorgestellt, die in Folge ihrer Beschäftigung als Maler und Anstreicher durch den Verkehr mit Blei vergiftet, Lähmungen der oberen Extremitäten erlitten hatten. Die Kranken waren unfähig, sich ihrer Arme zu bedienen. Auch die Anwendung von Schwefelbädern und ähnlichen Mitteln hatte keinen Erfolg, vielmehr bewährte hier die Elektrizität ihre geheimnißvolle Heilkraft. Dr. Moritz Menet, der den magneto-elektrischen Rotations-Apparat bei beiden Leidenden zur Anwendung brachte, erzielte die günstigsten Erfolge. Der eine der nunmehr Geheilten hatte durch die fortwährende Benutzung des Bleies in seinem Gewerbe bereits 7 Mal an Bleikolik gelitten.

**Berlin, 30. Juni.** [Kreis- und Provinzial-Vertretung.] Die wiederholte Berufung der widerspenstigen Kreisstände hat nicht überall den gewünschten Erfolg. Man meldet aus Eresfeld, den 28. Juni: Von den nochmals eingeladenen ehemaligen Kreis-Abgeordneten sind 8 erschienen, worunter 6 die hierunter folgende Erklärung abgegeben haben und nur zwei sich herbeilassen wollten, eine einstweilige Kreisvertretung zu bilden und die Wahl vorzunehmen.

Auf erneuerte Einladung vom 19. d. M. erklärten die unterzeichneten ehemaligen Kreis-Abgeordneten, daß sie bei ihrer Kundgebung vom 11. d. M. aus den darin angeführten, durch die seitherigen Definitionen nicht alterirten Gründen, beharren müssen, daher sich auch nicht für kompetent erachten, eine einstweilige Kreisvertretung zu bilden.

Sie ergreifen aber bei dieser Veranlassung gern die Gelegenheit, den Vorstehenden dringend zu ersuchen, zur Hebung des vorwaltenden sehr zu beklagenden Konflikts, die ungesäumte Einführung der Kreisordnung vom 11. März v. J. zu befürworten, indem im hiesigen Kreise die Kommunal-Ordnung schon längst vollständig eingeführt ist, folglich der Einführung der Kreisordnung nichts entgegen sein kann, und erachten dieses Gesuch um so begründeter, als nach öffentlichen Blättern in anderen Kreisen mit solcher Einführung bereits vorgegangen wurde.

Eresfeld, am 28. Juni 1851.

M. vom Bruck aus Eresfeld. Schrick aus Eresfeld. Jb. Herberg aus Uerdingen. J. E. Louschen aus Uerdingen. J. P. Klöten aus Willich. J. H. Horster aus Linn.

Aus Solingen wird der K. Z. gemeldet: Nachdem am 12. d. M. die auf Einladung des Landrathes erschienenen Mitglieder des früheren Kreistages ihr Mandat für längst aufgehoben und erloschen erklärt und die ihnen zugemuthete Wahl abgelehnt hatten, ist nunmehr auf morgen den 26. d. eine nochmalige Versammlung jener Kreistags-Mitglieder ausgeschrieben. Nach dem Einladungsschreiben sollen den letzteren, auf den Grund hoher Ministerial-Verfügung, einige Verhaltungen über die Befugniß des Ministers des Innern zur Bildung der „interimistischen“ Kreisvertretung gemacht, und sie auf die darüber im „Preuß. Staats-Anzeiger“ vom 14. d. M., Nr. 163, enthaltene Ausführung verwiesen werden. Sollte dies aber nicht den erwünschten Erfolg haben, so sollen ihnen die aus dieser wiederholten Weigerung entstehenden Folgen — die aber nicht näher angedeutet worden sind — bekannt gemacht werden. Wir sind, wie leicht zu denken, sehr gespannt auf den Ausgang der Versammlung; einstweilen aber zweifeln wir nicht an der Festigkeit der Gesinnung der Ehrenmänner, die am 12. d. an einer gesetz- und verfassungswidrigen Wahl sich nicht haben betheiligen wollen. Wir vernehmen bereits von einer ablehnenden Antwort des Hrn. geh. Rathes v. Sybel, der wegen seines im hiesigen Kreise belegenem Gutes Steinbüchel geladen war. Derselbe soll erklären, die zu erwartenden Eröffnungen und Verhaltungen könnten sich wohl nur auf Gründe der Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit stützen, diese aber seien nicht im Stande, das hier in Frage stehende, durch die Verfassung gegebene Rechtsverhältnis, das durchaus keine Ausnahme kennt und statuiert, zu ändern. In dem Festhalten an der beschworenen Verfassung lägen wohl auch für die Regierung die dringlichsten Motive der Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit, größer, als sie ihr aus der projektierten, mit der Verfassung nicht zu vereinbarenden Wahl der aufgehobenen Kreistage behufs der Steuer-Umlagen erwachsen könnten. Demnach finde der Eingeladene es überflüssig, in der Versammlung am 26. d. zu erscheinen. Hoffentlich wird morgen die ganze Versammlung an dem Beschlusse vom 12. d. M. festhalten und so den Wünschen und Erwartungen der großen Mehrzahl der Eingeseffenen des Kreises entsprechen.

Die Einwilligung der nochmals einberufenen Düsseldorf'scher Kreisstände, die Wahl vorzunehmen, ist nicht (wie die ministeriellen Blätter wissen wollten) einstimmig erfolgt. Mehrere, die bei der ersten Versammlung sich der Wahl widersetzt hatten, waren nicht erschienen. Unter ihnen befand sich Hr. Baum, der Verfasser des schriftlichen Protestes. Die Nicht-Erscheinenden halten selbstredend die nicht widerlegten Proteste aufrecht.

Ueber das in der ministeriellen Presse veröffentlichte sogenannte Gutachten des Justizrathes Friedrich in Düsseldorf schreibt die „Erbf. Zeitung“:

Hr. Justizrath Friedrich findet im § 66 der neuen Kreis- und Provinzialordnung „ausdrücklich“ das vorläufige Fortbestehen der Kreis- und Provinzial-Verfassung ausgesprochen? Jeder Unparteiische findet in dem Artikel nicht bloß die Aufhebung der alten Kreis- und Provinzial-Verfassung, sondern auch die sofortige und Niemand hat bis jetzt etwas anderes darin gefunden; selbst das Ministerium des Innern leugnet nicht, daß dieser § die alte Verfassung aufhebt; es behauptet nur, daß der § 67 ihm die Befugniß ertheile, die alten Stände zum wenigsten interimistisch zu reaktivieren. Um diesen Paragraphen und seine Auslegung dreht sich die ganze Angelegenheit. Diesen Paragraphen braucht die Partei als Hebel, um die alte feudalistische Verfassung wieder ins Leben zurückzuführen, während nach Ansicht der Mehrheit des preussischen Volkes Verfassung und Gesetz diese Befugniß abbrechen. Herr Friedrich läßt in seinen Erwägungen über die Hauptfrage hin, wie der Bahn über glühende Kohlen. Hr. Friedrich erwägt und die Sache hat ihre Wichtigkeit, wie er sie sich denkt. — Die 2te und 3te Erwägung ist gar nicht zu wägen; für sie hat die Logik kein Gewicht. Sie sagen im Zusammenhang: Hr. v. Mantouffel hat Kreiscommissionen nach dem Gesetze vom 11. März 1850 ins Leben gerufen; Hr. v. Westphalen hat sich um die Verfügungen und Anordnungen seines Vorgängers nicht zu kümmern, folglich ist er berechtigt, die gesetzlich aufgehobene Ständeversammlung wieder herzustellen. Letzte Kreisverweiterung noch, würde sicher ein solcher Schluß seinem Geiste das Bedürfnis ausblasen. — Das Beste spart Hr. Friedrich bis zum Ende auf. Aus Nützlichkeitgründen soll man eine verfassungs- und gleichwichtige ministerielle Verfügung anerkennen? Sind Nützlichkeitgründe die Richtschnur des Handelns, so ist keine Verfassung, kein Gesetz, kein Recht mehr sicher, und alles Ehrwürdige und Heilige muß dem Nützlichen, d. h. dem Interesse weichen. Man frage die Kreuzzeitungs-Partei: Ob sie keine Nützlichkeitgründe habe, die sie

die Aufhebung der Verfassung wünschen lassen, und sie wird rufen: Ja, allerdings, hunderte; die Verfassung ist schon an sich das nutzloseste und gefährlichste Ding zugleich, darum muß sie abgeschafft werden. Man frage die brandenburgischen und pommerischen Junker, ob sie nicht aus Nützlichkeitgründen die Wiederherstellung der alten Landgemeinde-Ordnung, der alten Kreis- und Provinzial-Landtage, der Befreiung von der Grundsteuer und dergleichen wollen, und Herr Friedrichs kann im Voraus überzeugt sein, daß die Junker ebenso reich an Nützlichkeitgründen wie er sein werden, und, wenn es darauf ankommt, ebenso stark in logischen Schlüssen als er. Hr. Friedrich wäre der rechte Mann für die Junkerpartei; mit seiner Logik und seiner allmächtigen Theorie von den Nützlichkeitgründen ist Alles durchzusetzen und — Alles zu rechtfertigen. In Hessen, Holstein, Schleswig herrscht dann legitim die Theorie der Nützlichkeitgründe.

Die eckartsberger, sensburger und oleschischen Kreisstände haben sich reaktiviert.

Die Ministerial-Reskripte wegen Berufung der Kreis- und Provinzialstände finden bekanntlich im Großherzogthum Posen keine Anwendung. In mehreren Kreisen versammelten sich, wie „Gonicz Polski“ berichtet, die Kreis-Kommissionen, welche zur Ausführung der Gemeindeordnung vom 11. März im vorigen Jahre bestimmt waren, um zu berathen, ob sie selbst die Einschätzungs-Kommission wählen oder diese Wahl den alten Kreisständen übertragen sollen. Sie erklärten sich gegen die Rückkehr zu den früheren Kreisständen und nahmen sofort die Wahlen zu den Einschätzungs-Kommissionen selbst vor. Es wurden zwar Stimmen der adeligen Gutsbesitzer laut, welche sich dahin aussprachen, daß im vorliegenden Falle die Rückkehr zu den früheren Kreisständen keine ministerielle Reaktion sei, sondern daß dadurch dem polnischen Elemente das Uebergewicht gesichert werde; doch die Majorität, welche einerseits die zahlreichere Vertretung des Bürger- und Bauernstandes nicht preisgeben wollte, und andererseits auch, der Ansicht der deutschen Zeitungen gemäß, in der Rückkehr zu den alten Ständen eine Reaktion erblickte, erklärte sich, wie gesagt, für die Erweiterung des der Kommission übertragenen Mandates und somit für die Ausführung der Wahl der Einschätzungs-Kommission.

**Berlin, 30. Juni.** [Die Regierung und die Kreuzzeitung.] Das C. B. ist heute abermals veranlaßt, sich in ziemlich schroffer Weise gegen die Kreuzzeitung auszusprechen. Es sagt: Die Haltung der Neuen Preuß. Zeitung und der ihr anhängenden Partei hat an maßgebendem Orte große Bedenken erregt, und nur zu sehr an das bedeutsame Wort der französischen Restaurations-Ära erinnert. „Wir wollen royalistischer sein als der König.“ Wenn diese Zeitung sich das Ansehen giebt, als dirigire sie, gleich dem Schicksal der Alten, die Götter, so glauben wir uns zu der Annahme berechtigt, daß die modernen Götter dieses papierne Schicksal (wir gedenken der papiernen Verfassung) sehr bald zu zerreißen im Stande sein werden. — Man weiß den Unterschied wohl zu finden zwischen der beschworenen Verfassung und dem System der Neuen Preuß. Zeitung, das Gott sei Dank nicht beschworen ist. — Mögen die Herren, die das Symbol des Kreuzes angenommen haben, ihren Weg gehen, die Regierung Sr. Majestät wird den ihrigen gehen, treu ihrem Eide und ihrer Pflicht. Sie findet ihre Stütze in jener erhabenen Person, deren Wille bisher in Preußen Gesetz war und die wahrlich auf einem bessern Fundamente steht, als auf dem der Unterstützung durch eine Partei, die entweder ihre Unterstützung sehr theuer verkaufen oder gar allein herrschen will.

Ein nicht eben entschieden oppositioneller Berliner Korrespondent der „Königlichen Zeitung“ theilt derselben eine Nachricht mit, für deren Authentizität wir ihm die Verantwortlichkeit überlassen. „Am Johannisstage, schreibt er, soll der Prinz von Preußen die Loge zu den drei Weltkugeln besucht und sich bei dieser Gelegenheit etwa folgendermaßen über die Kreuzzeitung und ihre Partei ausgesprochen haben. Nachdem der Prinz über die Opposition im Allgemeinen gesprochen und des Umstandes Erwähnung gethan hatte, daß auch mehrere von den Anwesenden (in der Loge) sich der Opposition angeschlossen hätten, soll er im weiteren Verlaufe seiner Ansprache bemerkt haben, daß es „auf der anderen Seite nicht besser“ sei; man müsse anerkennen, daß die Kreuzzeitung und der Treubund einst ein starkes Gegengewicht gegen die Demokratie gebildet, allein sie gingen jetzt, und namentlich die Kreuzzeitung, zu weit; sie schade mehr als sie nütze, dem müsse Einhalt gethan werden. Ueber die Stellung der Kreuzzeitung, ihrer Partei und des Treubundes zum Hofe seien die irrigsten Ansichten verbreitet; man dürfe nicht annehmen, daß der König von der Kreuzzeitung und ihrer Partei sich bestimmen oder einen Einfluß auf sich ausüben lasse, und was den Treubund betreffe, so wisse man die keine patriotische Gesinnung einzelner seiner Mitglieder wohl zu schätzen, woraus aber nicht gefolgert werden dürfe, daß man dem Ganzen irgend welchen Einfluß einräume. — Das Gebahren der Kreuzzeitung in der letzten Zeit scheint demnach auch in unserer höchsten Kreisen Anstoß gegeben zu haben; jedenfalls haben die Kreuzzeitung und ihre Partei Unrecht, wenn sie den Prinzen von Preußen so ganz als den Ihrigen betrachten zu dürfen glauben.“

**C. B.** [Die Erbfolge und Grenzregulierungs-Angelegenheit in Schleswig-Holstein.] Der Grenzregulierungs-Kommission in Schleswig-Holstein ist neuerdings aufgegeben worden, ihre Arbeiten zu beschleunigen, damit auf Grund derselben eine Regelung der südschleswigischen Verhältnisse stattfinden kann. — Die Erbfolgeangelegenheit in den Herzogthümern ist von Neuem Gegenstand direkter Verhandlungen zwischen hier und dem Kopenhagener Hofe geworden. Man hofft nunmehr, daß wenigstens keine andere Ordnung der Frage als eine im legitimen Sinne erfolgen wird.

[Die deutsche Flotten-Angelegenheit.] Die Bundes-Versammlung hat in vergangener Woche über die Angelegenheit der deutschen Flotte verhandelt und einen Bericht der aus Mitgliedern der Versammlung niedergesetzten Kommission zur Untersuchung der Sachlage entgegengenommen. Die Kommission erklärte, daß zur Erhaltung der Flotte bis Ende 1851 die Summe von 538,000 Gulden erforderlich sei, deren Bewilligung sie beantragte. Der Vertreter Preußens erklärte sich gegen die Aufbringung dieser Summe durch Matrifular-Umlage, weil Preußen schon früher in zwei Raten 1,380,686 Fl. und 39,709 Fl. für die deutsche Flotte gezahlt habe und nicht eher vorausgesetzt, die Bundesversammlung fasse überhaupt den Beschluß, die Flotte zu erhalten — ein Weiteres zahlen werde, als bis alle übrigen Staaten in gleichem Verhältnisse ihren Beitrag für die deutsche Flotte gezahlt hätten.

**C. B.** [Eine Berichtigung.] Dem „Const. Bl. a. B.“ sind verschiedene Mittheilungen über die Absichten der Regierung bezüglich der Umwandlung der Lehne und Fideikommissen in freies Eigenthum zugegangen. Wir können aus bester Quelle versichern, daß diese Mittheilungen unrichtig sind.

**Berlin, 30. Juni.** [Hof- und Personal-Nachrichten.] Die Herzogin von Leuchtenberg soll morgen hier eintreffen und die Ankunft des Herzogs von Leuchtenberg erfolgt am 7. Juli. Auch die Kronprinzessin von Württemberg und ihr



Gemahl werden in diesen Tagen hier erwartet und sich nach einigem Aufenthalte am königlichen Hofe nach St. Petersburg begeben, wo sie ein Jahr lang bleiben werden.

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin hat am 23ten d. M. in Begleitung des preussischen Generalmajors v. Wisleben eine Reise zur Inspektion der Truppen in Wismar und Rostock angetreten. Die mecklenburgischen Truppen sollen sich durch ihre gute Ausbildung, wie durch ein treffliches Material auszeichnen. (C. B.)

Heute Vormittag wurde Sr. Excellenz dem Herrn Ministerpräsidenten Freiherrn von Manteuffel von dem großherzoglich hessischen Geschäftsträger im Namen seines Souveräns das Großkreuz des Ludwigsordens überreicht.

Der General-Lieutenant und General-Adjutant Graf v. Rostig ist aus Hannover hier angekommen, um über die bevorstehende Vollendung und demnächstige Einweihung des Grabdenkmals des Fürsten Blücher mit dem Professor Rauch Rücksprache zu nehmen. Die Ausführung der ganzen Sache ist den Genannten schon vor längerer Zeit von des Königs Majestät übertragen worden. (Pr. 3.)

Wie dem „M. C.“ geschrieben wird, ist dem Fürsten Schwarzenberg, als Erwidern auf die dem Herrn v. Manteuffel zu Theil gewordene Verleihung des Großkreuzes vom Stephansorden, der schwarze Adlerorden verliehen worden.

Se. Hoheit der Erbprinz von Sachsen-Meiningen-Hildburghausen und höchstseiner Gemahlin, die Frau Erbprinzessin Charlotte königl. Hoheit, sind von Meiningen hier wieder eingetroffen und werden mit höchstihrem jungen Prinzen die neuen Gemächer im Marmorpalais bei Potsdam beziehen.

Se. Hoheit der Herzog Georg von Mecklenburg nebst höchstseiner Gemahlin, Ihrer kaiserlichen Hoheit der Frau Großfürstin Katharina von Rußland sind gestern Nachmittag gegen 5 Uhr von Neu-Strelitz hier eingetroffen.

Se. königl. Hoheit der General-Lieutenant und Kommandeur der ersten Garde-Kavallerie-Brigade, Prinz August von Württemberg, ist gestern von Neustrelitz hier eingetroffen.

Der Kriegsminister General v. Stockhausen wird sich in diesen Tagen nach Bad Kösen begeben, um daselbst zur Herstellung seiner Gesundheit einige Zeit zu verweilen. Herr v. Stockhausen ist dem Vernehmen nach nicht Willens, dazu die ihm von Sr. Majestät dem Könige bewilligten zwei Urlaub-Monate zu verwenden, sondern will vielmehr das Portfeuille wieder übernehmen, sobald es ihm sein Gesundheitszustand irgend gestattet.

Der geh. Legationsrath Dr. Liebe hat nun dem Ministerpräsidenten Freiherrn von Manteuffel sein Beglaubigungsschreiben als herzoglich braunschweigischer Geschäftsträger am diesseitigen Hofe überreicht. Unsere frühere Mittheilung, nach welcher Dr. Liebe auch die nassauische Regierung am hiesigen Hofe vertreten soll, wird sich unzweifelhaft bald bestätigen.

Die von uns bereits vor längerer Zeit als bevorstehend gemeldete Ernennung des Legationsrathes v. Meysenbug zum großherzoglich badenschen Gesandten am hiesigen Hofe, ist nunmehr erfolgt.

**Berlin, 30. Juni.** [Zur Tages-Chronik.] Folgender Vorfall, der sich in der abgelaufenen Woche in einer hiesigen Lehrer-Versammlung zutrug, ist sehr bezeichnend. Man weiß, daß es nach dem März 1848 Sitte wurde, die drei deutschen Farben auf allen möglichen Gegenständen, und so z. B. auch auf Taschentüchern wiederzugeben. Ein solches Taschentuch hielt in der erwähnten Versammlung ein Lehrer, natürlich eben nur weil er es einmal besaß und im Gebrauch hatte, in der Hand, als der überwachende Konstabler an ihn herantrat und ihm erklärte, er werde ihn arretiren, falls er dies Taschentuch noch einmal hervornehme. Willig ward es bei Seite gesteckt; allein der Arme kam in die Verlegenheit es noch einmal hervorziehen zu müssen, und siehe da: der Konstabler verwirklichte seine Drohung, arretirte ihn und führte ihn nach der nächsten Wache ab. Der betreffende Lehrer soll übrigens keinesweges zu oppositiven politischen Gesinnungen sich bekennen.

Das Hausministerium soll ein königliches, wahrscheinlich das in der Wilhelmstraße gelegene, vom Grafen Brandenburg als Ministerpräsident bewohnt gewesene Gebäude, für seine Bureau's angewiesen erhalten. (N. 3.)

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ist in dem Comptoir des Tapeten-Fabrikanten Becker in der Brüderstraße ein bedeutender Diebstahl verübt worden. Die Diebe haben, ohne Zweifel mittelst Nachschlüssels, den im Comptoir befindlichen eisernen Geldschrank, der in der bekannten feuerfesten Art gebaut ist, geöffnet und die darin verschlossenen Effekten, bestehend in 100,000 Thlr. Staatspapiere und Eisenbahnaktien, 12,000 Thlr. Wechseln und circa 3000 Thlr. baarem Gelde, entwendet. Nur drei Wechsel sind in dem Schranke zurückgeblieben. Gestern Morgen, sofort nachdem der Diebstahl bemerkt worden, wurden genaue Verzeichnisse der gestohlenen Effekten und Wechsel an die hiesigen Bankiers, und eben dergleichen durch den Telegraphen nach allen auswärtigen bedeutenden Handelsplätzen versandt. Der Staatsanwalt Meyer hat an Ort und Stelle den Thatbestand festgestellt und die Nachforschungen nach den Urhebern des Verbrechens begonnen. Dem Vernehmen nach soll bereits ein Gehülfe des B'schen Geschäftes verhaftet sein. \*)

Wir berichteten vor einigen Tagen von einer Versammlung, welche von Orchestermitgliedern und einem Theile des Arbeiterpersonals des königstädtischen Theaters abgehalten wurde, um eine die Erhaltung des genannten Instituts betreffende Petition an den Ministerpräsidenten zu berathen. Es wurde jedoch beschlossen, von einer Petition abzusehen und eine Deputation von vier Mitgliedern zu ernennen, welche das Gesuch persönlich bei Herrn v. Manteuffel befürworten sollten. Gleichzeitig gaben sich auch einige Personen zu Herrn Malmène, um dessen einflußreiche Verwendung in Anspruch zu nehmen. — Auch Herr Rudolph Cers, der jetzt die Konzession zur Errichtung eines Theaters im königstädtischen Stadtviertel erhalten hat, soll bereits bei Herrn v. Manteuffel um Ueberlassung des bisherigen Theatergebäudes eingekommen sein. (C. 3.)

**Danzig, 27. Juni.** [Unser Gemeinderath] hat in seiner letzten Sitzung auf Antrag des Kommerzienrathes Abegg mit 6 gegen 5 Stimmen beschlossen, den Minister des Innern wegen der Verordnung in Betreff der Provinzial- und Kreisvertretung ein Mißbilligungsvotum zu übersenden. Der Bürgermeister Grobbeck ist nicht dafür gewesen. (Pr. 3.)

**Köln, 28. Juni.** Nach einem Reskript der hiesigen königlichen Regierung ist der Polizeidirektor Geiger zum Vorsitzenden der Einschätzungskommission für die Staats-Einkommensteuer ernannt und die Zahl der Mitglieder dieser Kommission auf zwölf festgesetzt, welche zu einem Drittel aus der Gemeindevertretung, zu zwei Dritteln aber aus den Einkommensteuerepflichtigen Einwohnern hiesiger Stadt genommen werden müssen. (Pr. 3.)

## Deutschland.

**Frankfurt, 26. Juni.** [Metternich.] Die Tagespresse bemüht sich jetzt außerordentlich, eine Menge Halbwahres oder Ganzfalsches über den Fürsten Metternich in die Welt zu senden. Zur Berichtigung dessen möge Nachstehendes, das ich aus glaubwürdigstem Munde hörte, dienen: Fürst Metternich hat, seitdem er im J. 1845 das letzte Mal auf dem Johannisberge und in unserer Stadt gewesen, wenig gealtert, wiewohl er das 78. Lebensjahr überschritten. So wenig sein Körper in den letzteren Jahren und deren schweren Ereignissen gelitten, so wenig hat sein Geist an Frische verloren, und seine Unterhaltung ist immer noch sehr lebendig. Sein Gedächtniß ist von Schwäche auch noch nicht heimgesucht, und er erinnert in der Unterhaltung die ihm länger bekannten Personen oft plötzlich an Dinge, welche diesen längst entfallen waren. Unwahr ist, daß der Fürst fast ganz taub sei. Er hört nicht schwerer als vor 10 Jahren, und die Unterhaltung mit ihm erleidet nicht die geringste Schwierigkeit. — Wiewohl Fürst Metternich auf dem Johannisberge in stiller Zurückgezogenheit zu leben wünscht, so ist er doch genöthigt, täglich vielfache Besuche anzunehmen, und man darf behaupten, daß die meisten derselben weniger aus formeller Rücksicht als vielmehr aus persönlicher Verehrung geschehen. Nur gestern erst stattete der preussische Bundestags-Gesandte, General v. Kochow, dem Fürsten einen Besuch auf dem Johannisberge ab. Fürst Metternich äußerte selbst, er wüßte lange auf dem Johannisberge zu weilen. (Leip. Ztg.)

**Frankfurt, 28. Juni.** [Bundestags-Sitzung.] In der auf Montag angelegten Sitzung des Bundestages sollen außerdem Vernehmen nach außer den bereits bestehenden zwei Ausschüssen für die Verwaltung des Bundes-Eigenhums und für die Marine noch drei Kommissionen gewählt werden, für Reklamationen zur Begutachtung des von Mecklenburg gestellten Antrags über die festzusetzende Stärke des Bundes-Contingents und zur Berathung über den Publikations-Modus der Bundestags-Protokolle. (N. Pr. 3.)

**München, 27. Juni.** S. M. König Max und Königin Marie werden in Mitte des kommenden Monats aus Franken hierher zurückkehren und dann nach Schloß Hohenschwangau sich begeben, wo, wie das Gerücht behaupten will, Allerhöchstenselben noch im Laufe des Sommers von Seite des regierenden Kaisers von Oesterreich ein Besuch in Aussicht gestellt sein soll. (N. 3.)

**Würzburg, 22. Juni.** Hier fand eine Hausfuchung bei dem vormaligen Redakteur der Politischen Wochenschrift und des Prometheus, Andreas Neuß, statt. Man suchte sogar im Julius-Hospital, wo Neuß an einer Leberkrankheit darniederliegt. Es stellt sich nun immer mehr heraus, daß die vielen Hausfuchungen in Folge von bei dem Arbeiter Gangloff in Leipzig aufgefundenen Adressen stattgefunden haben. (Fr. Kurier.)

**Nürnberg, 25. Juni.** [Konfiskation.] Die heutige Nummer des „Nürnberger Kurier“ enthält folgende Anzeige: „Gestern Abends um 5¼ Uhr wurde die Nummer 176 des Nürnberger Kurier, heute Morgens um 10¼ Uhr eine erste, heute Mittags um 12¼ Uhr eine zweite Beilage, dazu polizeilich mit Beschlagnahme belegt.“ Ganz unten am Fuße des Blattes findet sich sodann folgendes Postskriptum: „25. Juni, Abends 4¼ Uhr. Soeben wird eine dritte Beilage konfiscirt.“ Der Nürnberger Kurier ist sonach binnen 24 Stunden vier mal polizeilich mit Beschlagnahme belegt worden.

**Stuttgart, 27. Juni.** [Die Anträge der Kommission.] Bei der Wichtigkeit, welche die Entscheidung der Kammer der Abgeordneten über die von der ersten Kammer bereits in ihrem Sinne entschiedene, brennende Frage des Tages, die Gültigkeit der Grundrechte als Gesetz für Württemberg haben wird, eilen wir, die Anträge der staatsrechtlichen Kommission über diese Frage alsbald mitzutheilen. Es ist keine Frage, daß die Entscheidung der Kammer in gleicher Richtung ausfallen muß, da einflußreiche Führer der Mitte, der Rechten wie der Linken sich geeinigt haben. Sie erklären: die Grundrechte, einschließend des Einführungs-gesetzes, haben in Württemberg verbindliche Kraft, und 8 Stimmen wunter nicht bloß Schoder, Reyscher und Duvernoy, sondern auch Prälat Mehring und Vicepräsident Wiest stehen hier einer einzigen, dem Herrn v. Warnbüler, gegenüber. Es haben sich somit die drei Parteien der Konserватiven, der Liberalen, der Radikalen geeinigt zur Erhaltung der Grundrechte; nur ist der Unterschied ausgesprochen, daß Schoder eine Abänderung derselben nur unter den erschwerenden Bedingungen für eine Verfassungsänderung, die Anderen wie bei jedem anderen Gesetze zulassen. Noch wichtiger ist der zweite Antrag, der Bedeutung desselben wie der Stimmeneinheitlichkeit wegen. Die Kammer der Ständeherrn stellt bekanntlich die Rechtmäßigkeit aller der Gesetze in Frage, welche seit ihrer Selbstauflösung am 29. Mai 1849 von der damit zur Ständeversammlung gewordenen Abgeordnetenkammer und der Regierung verabschiedet wurden: des Zehntablösungs-, des Jagd-, des Neusteuerbarkeitsgesetzes u. s. w. Sie thut dies vermöge einer ganz willkürlichen Auslegung der Verfassungs-Urkunde, an welche vor dem Juni 1851 noch kein Mensch gedacht. Die Kommission der zweiten Kammer erklärt nun einstimmig diese Auslegung für entschieden un begründet. Der Bericht, der diesen kräftigen Anträgen vorausgeht, ist von Duvernoy und Wiest.

**Dessau, 27. Juni.** [Der Dessauer Sondertagtag], wurde gestern durch den Minister v. Plöb eröffnet und heute schon auf 30 Tage vertagt. Der Minister übergab das Budget für die Finanzperiode vom 1. Juli 1851 bis dahin 1852, welches, seinen Äußerungen zufolge, einen sehr günstigen Zustand der Finanzen nachweist. Auf der heutigen Tagesordnung stand eine Interpellation des Abgeordneten Habisch, weil trotz der Nichtbewilligung eines Postens von 3000 Thlr. zur Bestreitung der Kosten für die Kreisdirektionen, derselbe dennoch verwendet worden war. Das Gesetz über die Kreisdirektionen hatte nämlich die Zustimmung des Landtages nicht erhalten. Minister v. Plöb erwiderte, daß diese Kosten allerdings für das abgelaufene Finanzjahr aus der Staatskasse gezahlt seien, da der betreffende Beschluß des Landtags die Genehmigung des Herzogs nicht erlangt habe, und daß dieselben auch für die neue (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

\*) Wie die Pr. Ztg. meldet, ist eine Prämie von 5000 Thalern auf Entdeckung des Thäters ausgesetzt.



Mittwoch, den 2. Juli 1851.

(Fortsetzung.)

Periode vom Ministerium gefordert würden. Zur Zeit, schloß der Minister emphatisch, regiere im Lande noch der Herzog! In Folge dieser Antwort wurde sofort vom Abg. Habicht der schon durch das früher von einigen Mitgliedern der Linken gegebene Mißtrauensvotum bedingte Antrag eingebracht, daß der Landtag so lange nicht zur Verhandlung des vorgelegten Budgets schreiten solle, bis jener Ausgabeposten vom Etat zurückgezogen und das Gesetz über die Kreisdirectionen vom Vereinigten Landtag genehmigt sei. Für diesen Antrag stimmten nur drei Mitglieder der Linken. Er fiel daher einer bedeutenden Majorität gegenüber. Das Ministerium brachte hierauf im weiteren Verlauf der Verhandlung einen Antrag auf weitere Forterhebung der Steuern auf unbestimmte Zeit nach dem neuen Etat ein. Abg. Köppe I. fand sich sofort veranlaßt, einen Gegenantrag zu stellen, die Ermächtigung nur nach dem vorjährigen Etat und zwar nur für den Monat Juli zu ertheilen. Abg. Habicht stellt hierzu das Amendement, daß, da die Kreisdirectionskosten bereits im vorigen Jahre vom Landtage verweigert seien, dieselben auch jetzt von jener vorläufigen Bewilligung ausdrücklich ausgenommen werden sollten. Bei der Abstimmung fiel der ministerielle Antrag durch, indem der Köppe'sche Gegenantrag einstimmig angenommen wurde und da auch das Habicht'sche Amendement mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen und somit kein Zweifel darüber gelassen wurde, daß auch jetzt die Summen für die Kreisdirectionen noch nicht aus der Staatskasse gezahlt werden dürften, so war der Bruch zwischen Landtag und Ministerium vollendet. Der Herr Minister zog ein schon bereit gehaltenes Papier aus seiner Mappe und verkündete, daß er in Folge der gefaßten Beschlüsse sich genöthigt sehe, kraft der ihm von dem Herzoge während dessen Abwesenheit übertragenen Vollmacht, den Landtag auf 30 Tage zu vertagen, und daß er wegen der weiteren Schritte Instruktionen einholen werde. Ueber die Bedeutung dieser Vertagung täuscht sich Niemand und Jeder fühlt, daß mit dem heutigen Finale der Vorhang unseres konstitutionellen Schattenspiels gefallen ist. (Nat.-Z.)

**Hannover, 28. Juni.** [Die erste Kammer] nahm heute den Beschluß der zweiten Kammer, die Stadt Emden zum Freihafen zu erklären, an. Die sonstigen Verhandlungen, so wie die der zweiten Kammer, waren ohne allgemeines Interesse.

### Dänemark.

**Kopenhagen, 28. Juni.** Gestern ist der König nicht zur Stadt gekommen. Der Staatsrath war jedoch Mittags versammelt. — Als unmittelbare Folge der zulezt gehaltenen Staatsraths-Sitzung bezeichnet Middagposten den Austritt Clausens, dessen Stelle nicht wieder besetzt werden soll; Madvig dagegen bleibt — bis auf Weiteres.

### Oesterreich.

\* **Wien, 30. Juni.** [Tagesbericht.] Glaubwürdigem Vernehmen nach ist die galizische Reise Sr. Maj. des Kaisers auf einige Wochen verschoben worden. Ueber die Veranlassung dieses Aufschubs ist nichts Genaueres bekannt, indem sowohl die Erwartung wichtiger Gesetze, als angekündigter hoher Besuch verschiedenartige Muthmaßungen erweckt. — Es hatte früher geheissen, daß nicht nur der Minister Dr. Bach, sondern auch der neue Handelsminister v. Baumgartner Sr. Maj. den Kaiser auf der Reise nach Galizien begleiten würden, man erfährt jedoch nunmehr, daß Sr. Maj. die vorhabende Reise ohne Begleitung eines Ministers unternehmen werden. —

Die sogenannte Domobranfraktion (nach dem früheren Organ dieser Partei, der Südslaven, so bezeichnet) hat eine Art von Manifest veröffentlicht, in welchem sie die herrschende Unzufriedenheit vorzüglich herleitet von der Nichtbeachtung der oktrovirten Charta; von den Bestrebungen, die südslavischen Landleute zu germanisiren; von einer mangelnden Repräsentation des slavischen Elements in der Reichsvertretung nach Außen; und von einem, nach vorgeblichen Selbstgeständnissen, in das Experimentiren verfallenen Regierungssystem. Es geht aus dieser Darstellung von selbst hervor, daß ebenso wenig die Träger des gedachten Systems in ihrer Persönlichkeit von Anfechtungen verschont bleiben.

Soviel sich in begründeter Weise voraussetzen läßt, ist die Idee eines größeren Anlehens aufgegeben, und wie schon früher erwähnt, der eröffnete Kredit zur Hinausgabe von 36 Millionen Staatspapiergeld bei den sich gestaltenden Staatseinnahmen in fortschreitender Progression ausreichend, um auch ein kleineres nur unter günstigen Bedingungen aufzulegen oder abzuschließen. Wahrscheinlich dürfte dasselbe auch nur zum Behuf der Ausführung der weiteren, von dem übrigen Staats-Haushalt zu trennenden Eisenbahnbauten aufgenommen werden. — Die Idee, eines den alten Staatsgläubigern zu gewährenden Artosaments, scheint übrigens Anflug zu finden, und es ist nicht ohne Grund anzunehmen, daß sie früher oder später in Vorschlag gebracht werden wird.

O. C. [Militär-Exekution gegen die Gemeinde Slawentyn in Galizien.] Wiederholte gewaltsame Eingriffe der Gemeinde Slawentyn in Galizien in den Besitz ihrer vormaligen Grundherrschaft, verbunden mit offen an den Tag gelegter Mißachtung der kreisamtlichen Aufträge und Verabredungen zum massenweisen Widerstande gegen die Durchführung der Anordnungen, verletzten den Brzezaner Kreis-Vorsteher in die Nothwendigkeit, diese Gemeinde durch Zwangsmaßregeln zum Gehorsam zu bringen. Hierbei stellte sich vor Allem die Entsetzung des Ortsrichters, der die Gemeinde zur Widerständigkeit aufbelebte, dann die Verhaftung der als Rädelshörer und Aufwiegler bezeichneten Inassen mit Hilfe der k. k. Gensd'armee als notwendig dar. Doch auch diese Amtshandlung stieß ungeachtet wiederholter eindringlicher gütlicher Ermahnungen auf Widerstand; es wurde sich der Gensd'armee förmlich widersetzt und thätiger Versuch gemacht, sie ganz zu entwaffnen und zu überwältigen, weshalb sie, nachdem auch die Stoßwaffe nicht mehr ihren Zweck erreicht hat, von scharfen Waffen Gebrauch machte, was zur Folge hatte, daß Einer der Widerspenstigen tödtlich getroffen wurde, und bald darauf starb, vier andere aber Wunden davon trugen. Mit Hilfe der herbeigezogenen Verstärkung an Militär und Finanzwachmannschaft ist es gelungen, die Gemeinde Slawentyn zum Gehorsam zurückzuführen, die Raube herzustellen, die besondern Gemeindeglieder zur Erkenntniß ihres geschwiedigen Benehmens zu bringen, und mehrere der am meisten theilhaftigen Aufwiegler zu verhaften, während die übrigen Schuldigen die Flucht ergriffen. — Hierbei muß bemerkt werden, daß die Gensd'armen

mit vieler Mäßigung bei ihrem Einschreiten sich benahmen: denn obgleich ein Haufen Weiber mit Ungestüm an sie drang, ihnen Schnüre und Kleider vom Leibe reißen wollte, so wurde doch keines der Weiber auch nicht durch einen Kolbenschlag verletzt. Auch hatten die Bauern sehr viele Kinder absichtlich in den Haufen gemengt, in der Ueberzeugung, dadurch ein scharfes Vorgehen von Seite der Militärmacht abzuwenden. Während des Zusammenstoßes wurde immerfort Sturm geläutet, doch fanden von den benachbarten Dörfern keine Zugänge statt. Die älteren und ruhigeren Gemeindeglieder tadeln das ungefehlte Vorgehen, und erklärten sich der Behörde gegenüber an diesen bedauerlichen Schritten, welche nur von den jüngeren Gemeindegliedern in Folge schlechter Rathschläge vorgenommen wurden, ganz untheilhaftig.

**Mailand, 26. Juni.** [Ein politischer Mord.] Gestern Abend ereignete sich ein furchtbarer Fall. Dr. Cicero war vom Appellations-Tribunale wegen Verkaufs Mazzinischer Loose zu 10jähriger Kerkerhaft verurtheilt worden, nachdem ihn früher das Militärgericht freigesprochen hatte. Sein Vorgesetzter der Provinzialmedikus Dr. Vandoni, ein anerkannt rechtlicher Mann, hatte ihn angezeigt, nachdem er drei Tage lang mit sich zu Rathe gegangen war, ob er es thun oder die Sache in irgend einer andern Weise vermitteln solle. Sein Gewissen erlaubte ihm nicht zu schweigen, und die Anzeige erfolgte. Hätte Vandoni die Vorsicht beobachtet nicht hervorzutreten und sich nicht als Kläger zu benehmen, so wäre er vermuthlich ungefährdet, weil unbekannt, geblieben. Nach der Verurtheilung des Cicero war er jedoch in Aller Munde ein Gegenstand der Bewünschung für die Radikalen! Dem Vernehmen nach soll er mehrere Drohbriefe erhalten haben, und Abends nie ohne Begleitung ausgegangen sein. Des Tages wähnte er sein Leben keiner augenscheinlichen Gefahr ausgesetzt zu sehen. Dem war aber nicht so. Als er gestern um 4 1/2 Uhr Nachmittags, wie gewöhnlich nach Hause ging, nähete sich ihm ein unbekanntes Individuum einige Schritte vor dem Hausthore und — versetzte ihm zwei Dolchstiche — worauf der Unglückliche, ohne einen Laut von sich zu geben — verschied. Vom Mordwürger (wahrscheinlich einem Werkzeuge des Mazzinischen Komitees) hat man bis zur Stunde noch nicht die mindeste Spur!

### Frankreich.

\*\* **Paris, 28. Juni.** [Verwerfung des St. Beuveschen Antrags.] Die Legislative setzte heut die Debatte über den Saint Beuveschen Antrag fort, ohne daß die Regierung in einer besonders hervorragenden Weise daran Theil nahm. Nur Herr Fould bekämpfte mit einigen nicht sehr effektvollen Worten den Antrag, wobei er jedoch zu verstehen gab, daß man in ruhigen Zeiten vielleicht eher den Tarif herabsetzen könne.

Die Kosten der Debatte trugen hauptsächlich St. Beuve und Thiers. Ersterer verwahrte sich namentlich gegen den Vorwurf, als ob sein Antrag zu radikal wäre und wünscht, daß Frankreich nicht noch einmal in die Lage käme, die Zurückweisung desselben bedauern zu müssen. „Frankreich, so schließt der Redner — will lieber drei Revolutionen machen, als einmal eine Reform. Wollen Sie Revolutionen vermeiden, so nehmen Sie keinen Anstand, in Reformen zu willigen, deren Möglichkeit Ihnen einleuchtend sein muß.“

Herr Thiers erwidert: Man sagt, wir wären ein Volk ohne politischen Verstand, und doch haben wir uns in einer sehr schwierigen Revolution zu zügeln verstanden, ohne an der Klippe des Sozialismus zu scheitern. Einer meiner Kollegen von der Linken sagt zwar, wir würden doch dahin kommen: nun — dann um so schlimmer für die Republik. Man will uns in Europa nicht als ein verständiges Volk gelten lassen und wir sind klüger als unsere Nachbarn, wofür der Umstand spricht, daß wir weniger Handelskriesen, als diese zu überwinden hatten.

Wenn es die Umstände erlauben, muß man seinem Lande Arbeit verschaffen, und dazu giebt es nur ein Mittel; man muß ein Zollsystem haben, welches gegen die Konkurrenz der Nachbarn schützt. Sie täuschen sich, wenn Sie eine solche Garantie in einem 20 prozentigen Tarif zu finden glauben; dieser Prozentsatz ist ungenügend, vielleicht noch einer von 50 Prozent. — Nachdem er hierauf sich über die Vorzüge französischer Arbeit ausführlich verbreitete, schließt er mit den Worten: Seit dreißig Jahren beschäftigen wir uns mit dem Zolltarif. Wie sagen nicht, daß er unbeweglich sein soll: aber dieses System giebt uns Kraft, und die beiden am meisten aufstrebenden großen Staaten: Rußland und Oesterreich eignen es sich an, unbekümmert um Freiheit oder Sklaverei, weil es die Quelle aller Größe, alles Heils, aller Arbeit ist.

Nachdem der Schluß der Debatte ausgesprochen worden, ward die Inbetrachtung des Antrags mit 428 gegen 199 Stimmen verworfen.

Im Uebrigen bot der heutige Tag nichts Bemerkenswerthes dar, außer der von dem Präsidenten in der Ebene von Satory abgehaltenen Revue. Sie fand in früher Morgenszeit statt, um die Truppen nicht wie bei den früheren Revuen unnöthiger Weise abzumatten.

Der Rivoli-Klubb hat am Freitag sein Bureau erneuert. Die getroffenen Wahlen deuten auf ein im Schooße der Gesellschaft vorhandenes Zerwürfniß ziemlich klar hin. Die gewählten Mitglieder gehören alle der Fraktion Berryer an.

### Schweiz.

**Bern, 24. Juni.** [Ueber den tragischen Vorfall] an der Tessiner Grenze, von welchem ich Ihnen im letzten Brief schrieb, ist noch Folgendes zu berichten. Der Unglückliche, der am 19. (nicht am 17. schon) verschied, nannte sich einmal Seidenbauer aus Tiefenthal in Baiern. (Also kein Ungar!) Die eigenthümliche Aussprache des Deutschen aber, dessen er übrigens vollkommen mächtig war, ließen zweifeln, daß er ein Deutscher sei. Dem Aussehen nach zählte er nicht über 32 Jahre, war schön von Gesicht und Gestalt und von feinen Manieren. Die langen und furchtbaren Schmerzen des selbstgewählten Todes ertrug er mit Resignation. Um die Ursache der Vergiftung befragt, antwortete er dem Polizeikommissär: „Hätte man meinen Namen erfahren, so würde ich nicht erschossen, sondern gehängt worden sein; diese Schmach wollte ich nicht über meine Familie bringen.“ Mit Kaltblütigkeit erkundigte er sich nach der Lebensfrist, die ihm noch zugemessen sei, und bestellte dann einen deutschen Geistlichen. Auf die Frage, ob er über seine werthvolle Baarschaft und Habe ein Testa-



ment zu machen gedente, antwortete er: seine Familie bedürfe der Kleinigkeiten nicht und vermache Alles dem Waisenhanse zu Como. (A. 3.)

**Zürich, 24. Juni.** Unser gr. Rath trat heute zusammen. Ein Gesetz über Ausfuhrung der Schweizerischen Münzreform wurde vorgelegt. Es wird in demselben die alte Währung außer Kurs gesetzt, so daß nicht nur Niemand gehalten ist, sie anzunehmen, sondern auch bei Summen, die in neuer Währung bestimmt sind, nicht annehmen darf.

### Italien.

**Florenz, 21. Juni.** [Die Stimmung] bei uns wird stets gereizter und die Regierung thut alles Mögliche, sie zu nähren. Den Ereignissen in Santa-Croce am Himmelfahrtstage, bei denen auch ihre entschiedensten Anhänger die Regierung nicht von aller Schuld freizusprechen wagen, folgte die polizeiliche Unterdrückung des Journals Lo Statuto in Folge eines kurzen Artikels, der die einfache Erzählung jenes Vorfalles enthält. Bald nachher wurden die beiden ehemaligen Minister-Präsidenten, die Marchese Riboldi und Gino Capponi, wegen dieser Ereignisse polizeilich verhört an dem Tage, als sie die Verbindung einer Enkelin des Letztern mit einem Sohne des Erstern feierten. Ein anderes ausgezeichnetes Mitglied der liberalen Partei, der Marchese Bacciolommi, ward „als politisch verdächtig“ ohne angegebene Gründe für sechs Monate auf sein Landgut verwiesen. Dieses feindselige Auftreten der Regierung gegen die konstitutionelle Partei soll hauptsächlich dem Minister des Innern, Cavaliere Leonidas Landucci, einem frühern Kollegen Capponi's, einer übrigens an Geist wie an Charakter gleich unbedeutenden Persönlichkeit zuzuschreiben sein. — Eine sonderbare Geschichte ist es mit der Bürgerwehr: statt sie mit einem Male aufzulösen oder doch zu suspendiren, dekretirt das Ministerium ihre Aufhebung in einer Stadt und einem Distrikt nach dem andern, „aus besondern Gründen“, die doch immer nur nichtige Vorwände sind; so noch ganz neuerlichst in Siena. So säet man eifrig die Keime einer neuen Revolution, und die Hoffnung zu einer friedlichen Entwicklung seiner Institutionen und seines politischen Lebens verschwindet für Toscana täglich mehr. Dieses Bewußtsein drückt, mehr oder weniger klar, wie ein Alp auf die Bevölkerung, und bringt diese allgemeine trübe und unlustige Stimmung hervor, die weder alle die alten Feste, die man wieder aufsersehen läßt, noch die Musikbanden der Oesterreicher, noch der herrlich dunkelblaue Himmel, der seit drei Wochen ununterbrochen uns anlacht, zu verschwehen vermögen. Die radikale Partei wächst unter diesen Umständen leider an Zahl, hält sich jedoch ziemlich ruhig; nur zuweilen erscheint ein Pamphlet unter dem Namen eines Bulletins, der herrschenden Partei und den Oesterreichern Tod und Verderben drohend, Neuserungen einer machtlosen Wuth, die Niemanden als die Regierung in Schrecken zu setzen vermögen. Da diese aber die öffentlichen und gemäßigten Oppositions-Journale unterdrückt, so darf sie in dem nächsten Treiben der geheimen Presse nur die unvermeidlichen Folgen ihrer Politik sehen. (D. A. 3.)

### Großbritannien.

\* **London, 28. Juni.** [Unterhaus.] In der heutigen Nachtsitzung nahm das Unterhaus, trotz aller Einsprache des Kabinetts, zwei im ultra-protestantischen Sinne abgefaßte Amendements zur Titellbill an. Beide waren von Thesinger eingebracht und das eine ging mit 135 gegen 100, das andere mit 165 gegen 109 Stimmen durch. Trotzdem hält das Kabinet seine Bill aufrecht.

**London.** [Parlaments-Verhandlungen vom 26. Juni.] Im Oberhause zeigt Lord Ellenborough an, daß er am folgenden Tage die Angelegenheit Joti Perfaud's wieder zur Sprache bringen werde.

In der Abendsitzung des Unterhauses beantragte Koebuck die Resolution, daß das Haus sich am nächsten Dinstag als Comité konstituiren möge, um gewisse gegen Dänemark erhobene Ansprüche englischer Kaufleute in Betracht zu ziehen. Diese Ansprüche (225,000 £.) schreiben sich aus dem Jahre 1807 her. Der Schatzkanzler widersteht sich dem Antrage, indem er darauf hinweist, wie zu der Zeit, wo das besagte britische Eigenthum von den Dänen konfisziert worden sei, der Kriegszustand zwischen beiden Nationen bestanden habe, mithin von den Dänen nichts verübt worden sei, was dem Brauche civilisierter Nationen widerstrebe. Der Antrag wird mit 126 gegen 49 Stimmen verworfen.

### Spanien.

\* **Madrid, 27. Juni.** Das Kommissions-Projekt für Regelung der Staatsschuld ward in der Cortes-Sitzung vom 25. verlesen; es ist in völliger Uebereinstimmung mit den Vorschlägen der Regierung. — Aus Lissabon ist die Nachricht eingegangen, daß die von der Königin zur Revision der Verfassung berufenen Cortes statt am 15. September erst am 15. November zusammentreten werden.

## Provinzial-Beitung.

**Breslau, 1. Juli.** [Polizeiliche Nachrichten.] Selbstmord. In Folge Vergiftung durch Schwefel- oder Salzsäure endete in der Nacht zum 28. v. M. ein Kandidat der katholischen Theologie in dem Hause an der Kreuzkirche Nr. 9 hieselbst sein Leben. Die Beweggründe hierzu sind bis jetzt nicht ermittelt worden.

Unglücksfall. Am 29. v. M. erkrankte der Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 40b wohnhafte Tagearbeiter Gottlieb Grunert beim Baden in der Oder bei Pöpelwitz. Es ist bis jetzt nicht gelungen, den Leichnam aufzufinden.

Diebstahl. In der Nacht zum 27. v. M. wurde eine circa 22 Fuß lange, starke, eiserne Kette von der hinter dem hiesigen Garnison-Lazareth im Bürgerwerder in der Oder liegenden Militärfähre gewaltsam entwendet.

Vieh- und Rogmarkt. Bei dem am 23. und 24. v. M. hieselbst abgehaltenen Vieh- und Rogmarkt waren 800 Stück Pferde inkl. 36 Stück junge Pferde, 180 Stück Ochsen, 190 Stück Kühe, 40 Stück Jungvieh und 640 Stück Schweine zum Verkauf aufgestellt. Gute Wagen-Pferde wurden das Stück mit 150 bis 200 Rtl. und die gewöhnlichen Zug- und Acker-Pferde mit 30 bis 85 Rtl. verkauft. Ochsen wurden zwischen 20 bis 65 Rtl. und Kühe mit 12 bis 45 Rtl. das Stück gekauft. Von den Schweinen sind 310 Stück das Paar zwischen 3 bis 20 Rtl. verkauft worden.

**Breslau, 30. Juni.** [Kirchlich Merkwürdiges] begab sich gestern in vierem unserer Gotteshäuser. — In St. Elisabeth hielt der 5. Diakon Goffa seine Antrittspredigt vor einer sehr zahlreichen Versammlung, und zwar dem bisfertigen Herzkommen entgegen, nicht über das auf diesen Tag fallende Fest-Evangelium Maria

Heims, sondern über den selbstgewählten Text Philipp. III., 12, welchen sein Konfirmator einst als Geleiter auf die Lebensreise ihm mitgegeben hatte. Nicht ohne Geist und Gemüth wendete er ihn an auf Wissen, Wollen und Thun Aller und seiner selbst in Sonderheit. Er schien eines sehr gesegneten Eindrucks nicht zu verfehlen. Das Hauptlied, Nr. 156, konnte begeisternd denselben nicht anbahnen. Es ist ein Kind jener Periode und Richtung, welche statt poetischen Feuerwein zu kredenzen, lieber eine prosaische Wasserkur verschrieb. Die eben nicht zu bekannte Melodie ging lahm. Zu Luthers Prachtwerken gehört sie nicht. Wie bei manchen gerade nicht geistreichen Thieren war der Kopf, ich meine das Vorspiel, mindestens ein Drittel des Ganzen. — In St. Maria Magdal. konfirmirte der Diakon Weingärtner auf eine angemessene Weise nach dem vormittäglichen Gottesdienste 11 Taubstumme, welche bei ihrer gewonnenen Fertigkeit und der deutlichen Aussprache des Seelsorgers sicherlich Alles verstanden haben, was er ergreifend ihnen an's Herz legte. Die Freizüglingin Adele Gruschke, ein begabtes Mädchen, deren Eltern eine Weile hier lebten, sprach deutlicher und angenehmer als ihre Unglücksgegnen es vermocht hätten, in deren Namen Glaubens-Bekennniß und Gelübde. Es folgte die Abendmahls-Feier. Alle Lehrer und viele andre Theilnehmer waren zugegen. Eine rührende Feier. — In St. Adalbert erfolgte gleichzeitig die Konfirmation der heute zu entlassenden katholischen Zöglinge des Taubstummen-Instituts. — In der Armenhaus-Kirche versammelten sich Vormittags zum letzten Male die früher schon aus der Bernharden-Kirche ausgewiesenen Christ-Katholiken. Auf ihre Bitte, den Mitgebrauch jener Kirche ihnen bis zum beabsichtigten Aufbau ihres eigenen Gotteshauses zu vergönnen, waren sie abschläglich beschieden worden. Die Fürbitte vieler Evangelischen für sie hatte, wie bei der vorherrschenden Stimmung der Gemüther zu vermuthen stand, nichts gesuchet. — Nachmittags feierte ebendasselbe der Verein gegen das Branntwein-Trinken sein Jahresfest, worüber Nr. 180 dieser Zeitung berichtet. Hier nur noch der Zusatz: die Versammlung bestand mehrheitlich aus — Frauen; sie trug das Gepräge geschwisterlicher Treulichkeit und würdevoller Leidenschaftlosigkeit trotz aller oft höhnischen Anfeindungen; zwei Geistliche aus der Trebniger Gegend, welche dabei, gemäß öffentlicher Anzeige, thätig sein sollten, wurden umsonst erwartet; das Ganze machte, auch auf diejenigen, welche wie Ref. weder mit Zwecken noch Mitteln von dergl. Verbrüderungen ganz einverstanden sich erachten können, dennoch einen wohlthuenden Eindruck; der auf heute nach Gewohnheit angelegte, gemeinschaftliche Spaziergang nach der Villa nova mußte 4 Wochen weiter hinausgeschoben werden wegen eingetretener Hindernisse. E. a. w. p.

\* **Aus der Provinz.** [Feuersbrünste.] Am 23. Juni des Abends 11 Uhr brach in dem Dorfe Lippen im Kreise Freistadt, in der Scheuer des Erb- und Gerichtsschulzen Hoppe Feuer aus, wodurch in kurzer Zeit die Scholtisei, ein Bauergut und 8 Gärtnerstellen gänzlich niederbrannten. Menschen sind dabei nicht verunglückt, jedoch kamen 300 Stück Schafe, 8 Ochsen und 2 Kühe in den Flammen um. Es wird böswillige Brandstiftung vorausgesetzt, bis jetzt ist es aber leider noch nicht gelungen, dem Thäter auf die Spur zu kommen.

Am 24. Juni ist es einem Aufsichtsbeamten gelungen, den vorsächlichen Brandstifter des am 18. Juni Nachts 12 Uhr zu Märzdorf im Kreise Grottkau ausgebrochenen Feuers, in der Person des dasigen Häusler Bulsch zu ermitteln. Derselbe hatte sein Wohngebäude angezündet, und griff das Feuer so schnell um sich, daß in kurzer Zeit noch eine zweite Häuslerstelle und eine Scheuer ein Raub der Flammen wurden. Zwei Stück Schwarzvieh kamen in den Flammen um, und 30 Rthl. in Kassen-Umwicklungen waren mit verbrannt. Der Brandstifter hat nicht nur dem betreffenden Beamten, sondern auch dem königl. Kreisgericht in Grottkau, welchem er überliefert worden war, sein Verbrechen eingestanden.

\* **Gr. Neudorf, Kr. Brieg, 1. Juli.** [Zwei Feuersbrünste.] Am 4. v. M. früh von 1 bis 4 Uhr wurden die Wohn- und Wirtschaftsgebäude hiesiger Erbscholtisei mit Ausschluß des massiven Auszugshauses ein Raub der Flammen. Heute früh 2 Uhr wurden wir abermals durch Feuerruf erschreckt. Es brannten der hiesige Gerichts-Kretscham mit dem Garkstall und eine Häuslerstelle darnieder. Beide Feuer scheint ein und dieselbe ruchlose Hand angelegt zu haben. Gottes Hand beschützte wunderbarer Weise die evangelische Kirche, die in beiden Fällen in außerordentlicher Gefahr schwebte.

\* **Jauer, 29. Juni.** [Merkantilisches. — Kirchliches.] Bei dem am 25. d. Mts. hier abgehaltenen Viehmarkte waren zum Verkauf gestellt: 965 Pferde, 1005 Stück Rindvieh, 13 Ziegen, in Summe 1933 Stück. — Wäre es nicht zweckmäßig, die immer auf den Mittwoch fallende Wochenpredigt in der Jahrmaktswoche, wo sie mit dem Viehmarkte zusammentrifft, auf den Dinstag zu verlegen, an welchem Tage die Marktbezieher Zeit hätten, die Kirche zu besuchen, was auch gewiß von Vielen geschehen würde? Soviel dem Einsender bekannt ist, werden in mehreren Städten sogenannte Jahrmaktspredigten gehalten. — Am zweiten Pfingstfeiertage erging von Seiten des Herrn Diakons Herrmann an der hiesigen Friedenskirche an die versammelte Gemeinde die Bitte, zum Bau der Pfennigkirche in Rosenberg auch ein Scherlein beizutragen. Diese Bitte ist mit dem schönsten Erfolge gekrönt worden. Bis zum 24. dies. Mts. waren schon, laut Bekanntmachung im hiesigen Wochenblatte, 9891 Pf., also 27 Thlr. 14 Sgr. 3 Pf. eingegangen.

### Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* [„Die neuen Gespräche aus der Gegenwart.“] Wir kommen nun dazu, einige Aeußerungen aus den „Neuen Gesprächen“ hier mitzutheilen. Selbst wer sich nicht entschließen könnte, Herrn v. Radowig als Staatsmann oder Militär oder Schriftsteller zu den hervorragenden Erscheinungen zu zählen, wird schon durch das interessante Nothengebe, welches sich um diese Persönlichkeit geponnen hat, dazu gedrängt fühlen, ihn als einen merkwürdigen Mann gelten zu lassen. Dieser Charakter des Verfassers wird allein schon seinen Aeußerungen über große Fragen eine hohe Bedeutung beizulegen geeignet sein. Als Herr v. Radowig die ersten Bogen seiner Gespräche schrieb, war von einer sogenannten Reaktivierung der alten Partikularstände in Preußen öffentlich noch keine Rede. Die „Gespräche“ berühren gleichwohl auch diese Frage. „Waldheim“ läßt sich durch seinen gothaischen Freund „Büchner“ die Frage vorlegen: „Ob er seine früheren Ansichten — über die dienlichste Staatsform“ jetzt aufgegeben habe? „Auf Neigung oder Abneigung — entgegen Waldheim — kommt es bei dem Standpunkte, den ich einzunehmen mich gewissenshalber gebungen fühle, nicht an. Haben Sie aber dabei im Auge, ob ich es im gegebenen Zeitmomente für dienlich und möglich erachte, die Monarchie in Deutschland auf das alte ständische Prinzip zurückzuführen, so antworte ich darauf mit dem einfachsten und aufrichtigsten Nein.“ — Büchner: Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen in die Rede falle



um einzuschalten, daß ich Sie nie für fähig gehalten habe, daran zu denken, oder gar, wenn Sie berufen würden, dazu zu raten, daß man heilige Eidschwüre breche, die in freier, unabhängiger Selbstbestimmung beschworene Verfassung vernichte. Ich frug nicht darnach, ob Sie an einem königswürdigen auch nur deuteln würden, sondern wünschte zu wissen, was auf dem Gebiete der innern politischen Frage Ihre eigene Ueberzeugung sei? — Waldheim: Ganz recht, meine Antwort soll auch über die bloße Erfüllung einmal übernommener Verpflichtungen hinausreichen. — Die althändische Monarchie, wie sie auch im Herzen und der tiefen Ueberzeugung Einzelner, und wahrhaftig nicht der geringsten ihre Stätte bewahre, ist verloren. Der letzte Augenblick war der Regierungsantritt Friedrich Wilhelm IV.; mit sofortiger großartiger Herstellung der ständischen Rechte in den Einzelstaaten und gleichzeitiger Neugeburt eines Gesamt-Deutschlands wäre uns Boden zu gewinnen gewesen. Was bei weitem die Mehrzahl der Deutschen in dem bevorstehenden Beamtenregiment entbehrte, was sie in der traurigen Vernachlässigung der nationalen Interessen baute, das konnte und mußte mit vollen Händen gegeben werden. Jetzt ist es zu spät; der Boden ist verloren. Ohne einen gänzlichen Umsturz, nicht bloß der deutschen, sondern der europäischen Menschheit, tritt jene edle Regierungsform nicht wieder ins Leben. Ja, lieber Bächner, sie war eine edle! Sie beruhte einerseits auf den eigenen Rechten, die von den Fürstengeschlechtern durch alle Zwischenstufen, nur dem Umfange nach ungleich verteilt, herabstießen, andererseits auf der christlichen Weihe der Krone. Beides ist in dem Bewußtsein der Massen erloschen und zwar nicht vorübergehend. Daraus jetzt eine Regierung zu gründen, wäre eine verpöbelte und eine verführte Idee zu gleicher Zeit. — Zu vieler S. 67 des ersten Theils sich findenden Stelle mag die folgende (S. 188 des zweiten Theils) als Ergänzung dienen. Waldheim streift hier nicht mehr mit dem Gothaer Bächner. Er hat sich gegen die Angriffe des neupreußischen Konservativen (Galsdorff) zu verteidigen. Galsdorff kommt auf „ein häßliches Thema“, von dem er am liebsten gar nicht sprechen möchte: „Fast Du nicht die Verkündigung unserer Charta Waldeck auf alle Weise verteidigt und die Eitelkeit gepriesen, den letzten Akt, wo sich noch die Möglichkeit aufthat, aus diesem Puhle der Verderbnis herauszukommen?“ — Waldheim: „Das habe ich und danke Gott, daß er meinem Könige und meinem Lande über diesen bedrohlichen Augenblick hinweggeholfen hat. Ich habe es dabei nicht mit dieser oder jener Einzelheit, mit diesem oder jenem kostbaren Vorzuge oder wesentlichen Mangel der Verfassung vom 31. Januar zu thun, — das sind Fragen anderer Art — sondern mit der schlechthinigen Nothwendigkeit, zum rechtsträftigen aufrichtigen Abschlusse zu gelangen, um der Krone und um des Landes, um Preußens und um Deutschlands willen.“

Die Mittheilung des vorstehenden Berichtes über die „Neuen Gespräche“ des Hrn. v. Radowit — die Aeußerungen über eine Wiederbelebung des altpolnischen Verfassungsprinzips — ergänzt sich durch folgenden sehr entschiedenen Ausdruck. Es handelt sich (S. 86. Thl. I.) um eine Erörterung der Meinungsverschiedenheiten über die Vertheilung der Gewalten zwischen der Krone und den Kammern. „Weiß ich doch ohnehin — äußert der konstitutionelle „Bächner“ — daß Sie dasjenige, was Sie dem Königthume zulegen möchten, nicht durch Verfassungsbruch oder Schleichwege erreichen würden!“ Waldheim entgegnet: „Sie irren sich nicht. Ich halte Jeden, wer es auch sei, vom Könige bis zum letzten Unterthan, für sittlich und rechtlich gebunden an die Verfassung. Er hat darüber nicht bloß gegen die Welt, sondern gegen den ewigen Richter Rechenschaft abzulegen. Was auch an deren Bestimmungen noch zu wünschen bleibt, nie darf es anders, als im strengsten offensten Verfassungswege angebracht, nie in irgend einer Weise die freie Einwilligung der gesetzlichen Vertreter des Landes erzwungen oder umgangen werden.“

**Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.**

**Breslau, 1. Juli.** [Amtliche Bekanntmachung.] Die Nr. 27 des Bresl. Amtsblattes bringt 1) eine Verordnung des Ministeriums für G. U. und N. A. betreffend die Diätensätze bei Reisen der Medizinalbeamten; 2) eine Bekanntmachung des Haupt-Bank-Direktoriums, betreffend die neu errichtete Bank-Kommandite zu Frankfurt a. D.; 3) eine dergl. betreffend die Bank-Kommandite zu Görlitz; 4) eine Verordnung der königlichen Regierung, worin die Ortsbehörden zur nachdrücklichen Handhabung der Maas- und Gewichts-Polizei in Gemäßheit der Maas- und Gewichts-Ordnung vom 16. Mai 1816 ermahnt werden; 5) eine Bekanntmachung derselben Behörde, wonach Apotheker W. B. Wilde zu Namslau an Stelle des dortigen Apotheker Otto Schulz als Agent der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft „Colonia“ bestatigt wird; 6) eine Bekanntmachung der General-Kommission für Schlesien des Inhalts: „Mit der Deposition der Rentenbriefe erfolgt in der Regel auch die Deposition der auf mehrere Jahre ausgefertigten Coupons. Wir haben die Gerichte ersucht, die Coupons zum Fälligkeitstermine den Berechtigten ohne Weiteres auszuhändigen.“

Eine außerordentliche Beilage des A. Bl. bringt die Instruktion des Finanz-M. d. d. Berlin den 19. Juni d. J. über die Erhebung der durch das Gesetz vom 1. Mai 1851 angeordneten Klassensteuer, so wie über die Behandlung der diese Steuer betreffenden Ab- und Zugänge der Reklamationen.

**§ Breslau, 1. Juli.** [Schwurgericht.] 1. Untersuchung wider den Hofwächter Johann Surga und Genossen. Staatsanwalt: Assessor Dr. Falk. Verteidiger: Justizrath Dietrichs und Referendar Bodstein.

Am 15. Septbr. v. J. verließ der Freistellensbesitzer Beyer aus Nachau die dasige Schänke, in welcher auch der Hofwächter Johann Surga, dessen Bruder Karl und der Dienstknecht Franz Wolny anwesend waren. Diese hatten sich etwas früher, als Beyer, entfernt. Letzterer bemerkte in der Nähe seines Hauses auf der Straße die Gebrüder Surga, den Knecht Wolny und den Schneider Hoffmann; Joh. Surga rief ihn mit „Wer da?“ an. Beyer antwortete: „Wenn man nach Hause geht, so ist man kein Spitzbube, und braucht man einen Bekannten nicht anzurufen.“ Infolge dieser Aeußerung des Beyer, welche von den Gebrüdern Surga mißverstanden worden ist, ergriffen dieselben den Beyer, um ihn mit zum Schulzen zu nehmen, und wegen der Aeußerung „Spitzbuben“, welche die Surga auf sich bezogen hatten, zur Rechenschaft zu ziehen. Da sich der Gerichtsschulz weigerte, in der ihm vorgelegten Sache zu entscheiden, und die Beschwerdeführer an das Gericht verwies, verließen die Gebrüder Surga und der Knecht Wolny die Wohnung des Schulzen. Beyer, welcher allein zurückgeblieben war, ging nach einer halben Stunde mit dem Stiefsohne des Schulzen, Ernst Labinsky, nach Hause. Diesen hatte Beyer aus Furcht, es möchte ihm unterwegs aufgelauret werden, zu seiner Begleitung mitgenommen. Als sie noch eine Strecke von der Schänke entfernt waren, kamen plötzlich die Gebrüder Surga und Wolny aus einem Hinterhalt und mißhandelten den Beyer so lange, bis er fast besinnungslos zur Erde fiel. Die Verletzungen sind durch den ärztlichen Befundschin des königl. Kreis-Physikus Dr. Altmann als solche bezeichnet, die von erheblichem Nachtheile sein und bleibende Nachtheile zurückschaffen können. Sind diese jedoch ausgeblieben, so ist dies nur der schnellen ärztlichen Hilfe zuzuschreiben.

Die Anklage ist auf Grund des § 1207 des St.-R., wegen Auslaufens und Insultirens auf offener Landstraße, so wie wegen schwerer Körperverletzung, erhoben worden. Am Schlusse der heutigen Verhandlung erklärten die Geschworenen sämtliche Angeklagte für nicht schuldig. Der Gerichtshof sprach dieselben frei und verfügte ihre sofortige Freilassung.

2. Untersuchung wider den Uhrmacher-Gehilfen Herrmann Igner, wegen Landstreichens und vierten Diebstahls. Staatsanwalt: Assessor Hoffmann. Verteidiger: Justizrath Beyer.

Der Angeklagte, welcher wegen Diebstahls bereits mehrfach bestraft ist, hat sich vom 6. September v. J. ab bis zu seiner Verhaftung ohne jeden Anstand umhergetrieben. Am 8. Dezember v. J. soll er im Tazsaale „zum deutschen Kaiser“ den Versuch gemacht haben, ein Tuch im Werthe von 2 Thalern zu entwenden. Die Besizerin des Tuches, unversel. Louise

Kerner, bekundet jedoch in Uebereinstimmung mit noch zwei anderen Zeuginnen, der Angeklagte habe den Gegenstand des Diebstahls nur in Händen gehalten, und auf Verlangen wieder herausgegeben.

Die Fragestellung erfolgte nach dem Wortlaute der §§ 117 und 120 des neuen Strafgesetzbuches. Durch den Ausspruch der Geschworenen wurde Igner des Diebstahls für nicht schuldig, des Landstreichens dagegen für schuldig erachtet. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu 2 Monaten Gefängniß, welche durch die 6monatliche Unterbringungshaft als verbüßt zu erachten sind.

\* **Jauer.** [Schluß der Schwurgerichts-Verhandlungen.] 25. Juni. 1) Anklagesache wider den Dienstknecht Johann Gottlieb Hampel aus Jahnsdorf, wegen mehrerer Diebstähle. — Verteidiger: Referendarius Milieski. — Angeklagter bekennt mehrere der ihm zur Last gelegten Vergehen, u. A. auch in der Nacht vom 18. zum 19. Januar d. J. aus einem hölzernen Verschlage in der Brettmühle zu Birckicht mehrere Gegenstände im Werthe von 4 Nthlr. 10 Sgr. gestohlen zu haben — bestritt aber, sich in die Brettmühle dadurch Eingang verschafft zu haben, daß er die eisernen Scheeren an der Rückseite der mit einem Vorlegeschloß verwahrten Thüre mittelst eines Instruments gelockert und dann die Thüre aus den eisernen Angeln herausgehoben habe, will vielmehr gar keine Gewalt angewendet, sondern nur die Thüre angefaßt, in die Höhe gehoben haben und so in die Mühle gelangt sein. — Nach Abhörung der Zeugen sprechen die Geschworenen, deren Mitwirkung nur in Betreff des letzteren Diebstahls veranlaßt wurde, das „Schuldig“ aus mit der Maßgabe, daß die Anwendung von Gewalt nicht erwiesen sei. — Der Gerichtshof erkennt auf 4jährige Zuchthausstrafe unter Verlust der Nationalfokarbe, Detention und Stellung unter Polizeiaufsicht auf 4 Jahre.

2) Anklagesache wider den Tagearbeiter Johann Gottlieb Kändler aus Alt-Biebachau, wegen vierten Diebstahls. — Verteidiger: Refer. Milieski. — Angeklagter bekennt, am 17. Februar d. J. dem Kaufmann Bauer zu Striegau ein Stück Tuch im Werthe von 24 Nthlr. 2 Sgr., welches derselbe als Schaustück neben seiner Ladenthüre ausgelegt hatte, entwendet zu haben, will jedoch den Diebstahl absichtlich vor allen Menschen, wo es am besten zu sehen, und nur darum ausgeführt haben, um sich der Freiheit zu berauben, damit er dadurch ein Frauenzimmer, die er als Wirthin bei sich gehabt, ihm nicht treu war, aber auch nicht von ihm wußt, los werde. — Nachdem der Gerichtshof wegen des Bekenntnisses des Angeklagten nach vorgängiger Berathung sich dahin entschieden hatte, die Mitwirkung der Geschworenen nicht auszufragen, erklären dieselben, nach Abhörung der Zeugen, den Angeklagten für schuldig, den Diebstahl seines Gewinnes, Vortheils u. wegen verübt zu haben. — Der Staats-Anwalt beantragte lebenswichtige Zuchthausstrafe und Verlust der Nationalfokarbe. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage.

Sitzung vom 26. Juni. Anklagesache wider die unversel. Johanne Beate Richter aus Tischartmannsdorf, wegen vierten unter erschwerenden Umständen verübten Diebstahls, und die Osthändlerin unversel. Auguste Schwarz aus Hirschberg, wegen Theilnahme an dem vorerwähnten Verbrechen. — Der Referendar Milieski stand der Richter, der Rechts-Anwalt Krüger der Schwarz als Verteidiger zur Seite. — Die unversel. Richter bekennt, am 5. Septbr. 1850 von einem Baume in dem unverschlossenen Hausgarten der unversel. Gerichtsschreiber Feder zu Tischartmannsdorf eine Quantität Pflirsche im Werthe von 3 Nthlr. entwendet zu haben, hält sich jedoch für nichtschuldig, weil sie von der unversel. Schwarz zu dem Diebstahl veranlaßt worden und der Damnikatrin, die von der Schwarz für die Pflirschen erhaltenen 16 Sgr. herausgezahlt habe. — Die unversel. Schwarz bestritt, zur Ausführung des vorerwähnten Verbrechens sich der unversel. Richter bedient, resp. zu dem Verbrechen verleitet und dadurch an demselben Theil genommen zu haben. — Das auf Grund der Zeugenaussagen erlassene Verdict der Geschworenen lautet in Betreff der Richter auf schuldig, in Betreff der Schwarz ebenfalls auf schuldig, jedoch ist der Umstand nicht erwiesen, daß die Schwarz die Richter zum Verbrechen verleitet habe. — Der Gerichtshof verurtheilte die Richter zu lebenswichtiger Zuchthausstrafe, die Schwarz zu 6 Wochen Gefängniß und Stellung von 1 Jahr unter Polizeiaufsicht.

Sitzung vom 27. Juni. 1) Anklagesache wider den Inwohner Robert Uermann aus Schmiedeberg wegen thätlicher Widerseßlichkeit gegen einen Forstbeamten, verbunden mit Gewalt an der Person und körperliche Verletzung. — Verteidiger von Amtswegen: Refer. Milieski. — Angeklagter bestritt, am 28. Juni 1850 den Waldwärter Gadammer, nachdem dieser ihn im Forstrevier Arnsberg bei der Entwendung einer Fichte betroffen, auf dem Wege nach Schmiedeberg, um entziehen zu können, an die Kehle gefaßt, ihn zu Boden geworfen und derraum thätlich behandelt zu haben, daß dieser körperliche Verletzungen davongetragen, behauptet vielmehr, zur angegebenen Zeit nicht aus dem Hause und den ganzen Tag über nicht im Walde gewesen zu sein. — Nach Abhörung der Zeugen erklären die Geschworenen den Angeklagten für schuldig, mit der Maßgabe, daß der Angriff gegen den Damnikatrin erst außerhalb der Grenzen des Gadammerischen Forstreviers vorgefallen. — Der Staatsanwalt beantragt mit Rücksicht darauf, daß in der Bejahung der ersten Frage der Habbestand des Verbrechens liegt und es auf die Zusatzfrage nicht ankommt, unter Verlust der Ehrenrechte 2jährige Festungsstrafe. — Der Verteidiger führt aus, daß das Gesetz vom 31. März 1837 im vorliegenden Falle nicht Anwendung finden könne, da das Verbrechen nicht im Forstrevier des Damnikatrin ausgeführt worden. Da nun die Anklage ausdrücklich auf dies Gesetz gestützt ist, so beantrage er principaliter Freisprechung event. auf Grund der landrechtlichen Bestimmungen geringere Strafe. — Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten nach § 166 des Strafrechts zu 2jähriger Einstellung in eine Festungs-Strafsektion, Verziehung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, Verlust der Nationalfokarbe und des National-Militärabzeichens.

2) Anklagesache wider den Tagearbeiter Friedrich Wilhelm Böhm aus Giersdorf, wegen vierter, theils großer, theils kleiner gemeiner Diebstähle. — Der flüchtige und edictaliter vorgeladene Angeklagte war auch in dem heute angekauften Termine nach erfolgtem Aufruf nicht erschienen und wurde derselbe, ohne Mitwirkung der Geschworenen, in contumaciam zu lebenswichtiger Zuchthausstrafe und Verlust der Nationalfokarbe verurtheilt.

3) Anklagesache wider den Tagearbeiter Friedrich Leberecht Siebeneicher aus Schreiberhau, wegen vierten Diebstahls. — Die Aussagen von 4 Zeugen bestimmen die Geschworenen zu dem Ausspruch auf schuldig. — Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten, nach dem Antrage des Staatsanwalts, zu lebenswichtiger Zuchthausstrafe. Hierauf erklärte der Vorsitzende die zweite diesjährige Schwurgerichts-Periode für geschlossen.

[Eine bevorstehende Veränderung in der Justiz-Verwaltung.] Wie einem norddeutschen Blatte aus der Mark gemeldet wird, soll in der Justiz-Verwaltung eine Veränderung bevorstehen. Es sollen nämlich, da die durch das Gesetz vom 3. Januar 1849 organisirten Kreisgerichte in ihrem jetzigen Umfange viel zu beschränkt wären, ähnlich den Einrichtungen der Justizbehörden in der Rheinprovinz größere Landgerichte gebildet werden, bei welchen zugleich der Schwurgerichtshof zu konstituiren wäre; es deute darauf ein im Justizministerium ausgearbeiteter Plan, nach welchem für die Kreise Dortmund, Hamm und Soest ein Landgericht in Hamm errichtet werden solle. Der ganze Organisationsplan werde der nächsten Kammer vorgelegt werden.

[Eingziehung der Ablösungs-Kapitalien.] Nach dem Gesetz über die Rentenbanken vom 2. März v. J. darf die Ausantwortung der Rentenbriefe nicht eher bewirkt werden, als bis die Zahlung des Ablösungs-Kapitals zur Regierungshauptkasse geleistet ist. Demzufolge sind die Regierungen und die Rentenbank-Direktionen von dem Finanzminister und dem Ministerium für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten kürzlich dahin instruir worden, daß die Hauptkassen der Regierung den zur Zahlung des Ablösungskapitals Verpflichteten sofort nach der Fälligkeit erinnern, und wenn die Zahlung binnen 8 Tagen nicht erfolgt, die exekutive Beitreibung des Kapitals mit den Verzugszinsen bei der Auseinandersetzungsbekörde beantragen, sofern der Berechtigte die Regierung hierzu besonders ermächtigt hat. Ist letzteres nicht geschehen, so wird der Berechtigte nur von der Nichtzahlung in Kenntniß gesetzt, und die Central-Kommission für die Rentenbanken gleichfalls benachrichtigt. Nach Beitreibung des Kapitals und der Verzugszinsen soll die Staatskasse den nach Entrichtung des dem Berechtigten gebührenden Zinsbetrages verbleibenden Ueberschuß der Zinsen zur Deckung der der Rentenbank zu gewährenden Rente zurückbehalten.



## Handel, Gewerbe und Ackerbau.

\* **Breslau, 1. Juli.** [Produktenmarkt.] Das nun eingetretene schöne und dabei warme Wetter wirkt heute lähmend auf unsern Markt, die Preise für Getreide haben zwar nicht nachgegeben, es war jedoch nicht die rege Kaufkraft, die man gestern wahrnahm. Bezahlt wurde weißer Weizen 62—68 Sgr. gelber Weizen 60—66 Sgr., Roggen 40—45 Sgr., Gerste 33—36 Sgr., Hafer 32—34 Sgr. und Erbsen 40—45 Sgr.

In Delsaaten wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

In Kleesaat wurde einiges von neuem Winterrüben zu 70—71 Sgr. vom Produzenten verkauft. Die Stellung bleibt fest. Raps würde pr. Juli 75 Sgr. bedingen. Schlagleinsaat sehr gefragt und man würde 55—65 Sgr. dafür anlegen.

alle Bemühungen, dem direkten Handel mit dem Orient eine größere Bedeutung zu geben, erfolglos sein und alle Versuche, diese Aufgabe dadurch zu lösen, daß man Waaren an levantiner Händler zum Verkaufe sendet, werden nur in seltenen Fällen reüssieren. Die Ansprüche, welche in der Levante an industrielle Erzeugnisse gemacht werden, sind so verschieden von denjenigen Anforderungen, welche man bei uns aufstellt, daß es unmöglich ist, sich in der Ferne ein klares Bild hiervon zu entwerfen. Der Orientale liebt die Farben vorzugsweise, welche bei uns der sogenannten gute Geschmack vollständig verweist. Seltener werden einfache Farben getragen, die grellsten, bunt durch untereinander gemischt, entsprechen am Meisten dem Geschmack der Orientalen. Die Form seiner Kleider verlangt andere Breiten und Längen der Stoffe. Es sind mir Fälle bekannt, wo preussische Fabrikate wegen derartiger Mängel bei allen sonstigen guten Eigenschaften hier keine Abnehmer fanden. Nach seiner individuellen Auffassung des Lebens mehr in der Gegenwart, als in der Zukunft lebend, macht er auch nicht die Ansprüche auf die Dauer und Solidität der Waaren, woran unser alles berechnender Geist gewöhnt ist. Der Reichere sucht sich äußerlich viel weniger durch die Feinheit und Güte der Stoffe, welche er trägt, auszuzeichnen, als durch kostbare Geschnitte und edle Steine. Daher sieht man hier auch weniger als bei uns auf die Qualität und mehr auf die Wohltheiligkeit der Fabrikate. Nur eine sorgfältige Beobachtung an Ort und Stelle kann einen richtigen Begriff aller dieser Eigenthümlichkeiten gewähren, und eine praktische Belehrung in der Absicht, daß darauf hin Spekulationen unternommen werden, können nur solche Personen ertheilen, welche mit den erforderlichen technischen Waarenkenntnissen ausgestattet, fortwährend in persönlichen Relationen mit den hiesigen Kaufleuten stehen, die Bazar's besuchen und den Verkehr mit denjenigen Staaten, die mit uns in Konkurrenz treten, sorgfältig überwachen.

Aber nicht bloß für den Absatz unserer Fabrikate, sondern auch noch aus andern Rücksichten sind zuverlässige und mit den Verhältnissen genau vertraute Handelsagenten hier nothwendig. Die Sicherheit des handelstreibenden Publikums ist hier viel größeren Schwankungen unterworfen, als in Europa. Ohne große Gefahr kann daher nur derjenige sich in Geschäftsverbindungen einlassen, welcher im Stande ist, die Vermögensverhältnisse seiner Abnehmer stets genau zu kennen. Die Zahlungen für die gelieferten Waaren geschehen außerdem in sehr verschiedener Weise, bei einigen z. B. bei Baumwollenwaaren, erfolgt die Zahlung in kurzen Termijnen, oder sie wird wenigstens durch ganz sichere Wechsel auf armenische Banquiers allen Chancen entzogen, bei andern z. B. bei Tuchwaaren, ist eine viel längere Frist üblich, gewöhnlich stellt dann der Abnehmer einen Wechsel auf sich selbst aus, der aber viel unsicherer ist. Welche Bedeutung, alle diese verschiedenen Momente beim Verkaufe der Waaren haben, bedarf wohl keiner weiteren Auseinandersetzung. Im Wege Rechtsens zu seinen Forderungen zu kommen, hat häufig große Schwierigkeiten, man ist dann genöthigt, zu Transaktionen seine Zustucht zu nehmen, die ebenfalls nur von demjenigen angemessen betrieben werden können, der mit den persönlichen Verhältnissen des Schuldners genau bekannt ist.

Wir haben zwar einen Handelsvertrag mit der Türkei abgeschlossen, der scheinbar die zu zahlenden Aus- und Eingangssteuern in einfacher Weise regelt; da aber diese Steuer nach dem Werthe der Waaren erhoben wird, so entzieht fast in jedem speziellen Falle eine Differenz über die zu entrichtende Steuer mit den Pächtern der Douane, und es gebt dann eine genaue Lokal- und Personalkennntniß dazu, um in geschickter Weise zu einem vortheilhaften Arrangement zu gelangen. Den hier ansässigen europäischen Kaufleuten gelingt es fast immer, solche Differenzen zu ihrem Vortheil auszugleichen, die aber nur von Personen, welche das Terrain genau kennen, mit Erfolg angewandt werden können.

Es bedarf ferner kaum erwähnt zu werden, daß der überseeische Handel nur unvollständig betrieben wird, wenn man sich begnügt, gegen baares Geld die gelieferten Waaren umzusetzen und dann damit jede weitere Spekulation abzuschneiden. Mit den erhaltenen Rimeisen müssen Einkäufe in den Produkten des Landes gemacht und dadurch ein doppelter Gewinn erzielt werden. Alle derartigen Operationen können nur von solchen Personen ausgehen, die mit den einheimischen Bedürfnissen genau vertraut, zugleich die nöthigen Kenntnisse besitzen, um vortheilhafte Einkäufe in den Rohstoffen des Landes realisiren zu können. Syrien liefert z. B. alljährlich bedeutende Quantitäten roher Seide und Altwoll. Preußen bedarf beider Produkte in großer Menge. Die Seide wird hier in der Regel schon gesponnen, der Faden ist aber sehr grob, können nun unsere Maschinen den hier gewonnenen Faden weiter verarbeiten? Würden bei Versendung der Kokons namentlich in das Innere unseres Landes, wo es doch nur allein Seidenfabriken giebt, die Transportkosten sich nicht zu hoch belaufen? Das Del ist hier zwar billig, um es bei uns zu verwenden, muß eine nochmalige Reinigung vor sich gehen; ist es aber vortheilhaft, wenn ein solcher Prozeß Bedingung ist, dennoch Del aus Syrien nach Preußen einzuführen?

Einige rheinische und westfälische Häuser, von dem richtigen Gedanken geleitet, auf den hiesigen Märkten nicht durch fremde Hände den Absatz ihrer Fabrikate betreiben zu lassen, andererseits aber noch nicht unternehmend genug, um den Versuch zu machen, eigene Establishments hier zu begründen, haben zu einem Mittelweg ihre Zuflucht genommen, indem sie alljährlich reisende Agenten nach der Levante senden. Mehrere dieser Personen haben sich durch einen längeren Aufenthalt im Orient, den sie von Konstantinopel bis Kairo bereisen, praktische Kenntnisse erworben und vortheilhafte Verbindungen angeknüpft. Obgleich sie mit dem Resultat ihrer hiesigen Thätigkeit zufrieden sind, so haben sie mir doch zugestanden, daß sie, in einem dieser Länder ansässig, unseren industriellen Erzeugnissen einen viel größeren Ausschlag zu geben im Stande sein würden.

Unter der Voraussetzung der Richtigkeit des von mir hier ausgefällten Satzes bliebe daher nur noch übrig, besonders die Frage der gründlichsten Prüfung zu unterwerfen, ob überhaupt die Bedeutung des Verkehrs mit diesen Ländern so erheblich werden kann, daß es sich lohnen würde, hier eigene Handels-Agenturen für den Absatz unserer Industrie zu etabliren.

Ich bin der Meinung, daß unsere natürlichen überseeischen Verbindungen stets diejenigen mit Amerika bleiben werden.

Auf den orientalischen Märkten werden wir immer mit einer viel größeren Konkurrenz zu kämpfen haben, die durch unsere geographische Lage noch erschwert wird. So lange die Ausfuhr unserer industriellen Artikel nicht solche Ausdehnung gewonnen hat, daß sie unmittelbar aus den Ost- und Nordhäfen erfolgen kann, und wir genöthigt sind, sie über Triest hierher zu senden, werden die Transportkosten die Waaren erheblich vertheuern und dadurch die Konkurrenz erschweren.

Außer allem Zweifel ist es freilich, daß eine Menge Erzeugnisse unserer Industrie hier mit Vortheil abgesetzt werden kann, und daß wir selbst in mehreren Gattungen von Baumwollenwaaren jede Konkurrenz aushalten können. Zweifelsfrei erscheint es mir dagegen noch, ob dem Abhake dieser verschiedenen industriellen Produkte eine solche Ausdehnung gegeben werden kann, wie man dies bei uns häufig behaupten hört. Man darf nie übersehen, daß die Bevölkerung im Orient weder an Zahl, noch an Wohlhabenheit zunimmt, und daß die Bedürfnisse der Orientalen dem Absatz derjenigen Artikel, die ich hier im Auge habe, nicht sehr günstig sind.

**\*\* Hüblich auf den Stand des Getreides und dessen Fruchtbarkeit im Großherzogthum Posen, nach dem „Ziemianin.“** Wir leben in jeder Beziehung in einer anormalen Zeit, sowohl in Bezug auf den Wechsel der Witterung als auch auf die Temperatur. Vom Jahre 1840 an hatten wir bald überaus trockene, bald überaus nasse Sommer; eben so da überaus strenge und überaus gelinde Winter; alle diese ungewöhnlichen Veränderungen bewirkten aber, daß außer dem Jahre 1848, von den übrigen kein einziges dem Landwirth sich günstig bewies.

Im vergangenen Jahre hatte der Winter 90 strenge Fröste, welche bis zum 4. April währten und sowohl vor als nach Weihnachten die Höhe von 28° R. erreichten. Der auf zwei Fuß hoch liegende Schnee verzärtelte, so zu sagen, die Wintersaaten, die hernach aber, als der Schnee gegen Ende Februar aufging, den gegen 17° R. starken Frösten bloß ausgelegt blieben, weshalb die Unfruchtbarkeit der Wintersaaten die Folge hiervon war. Dergleichen führte die im Laufe des Sommers gegen 10 Wochen lang anhaltende Dürre den Mismachs der Sommerfaaten, als Erbsen, Wicken und Hafer herbei, wie dies die hohen Preise jener Produkte darthun.

Im gegenwärtigen Jahre war der Winter gelind; der strengste Frost, welcher übrigens nur einige Tage währte, erreichte nur 14° R.; dafür waren November, Dezember, Januar und März überaus feuchte Monate. In allen niedrigen gelegenen Gegenden konnte im November unmöglich geackert werden, wegen der zu großen Verdünnung des Erdbodens, welcher Zustand bis Mitte Januar dauerte. Durch die so lange anhaltende Feuchtigkeit haben in allen niedrig gelegenen Gegenden die Winterfaaten, namentlich der Roggen, bedeutend gelitten. Von Mitte Januar bis Ende Februar hatten wir trockene, milde Fröste; aber die im Erdboden gefrorene (Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

**Breslau.** [Konsulats-Berichte.] In dem Zeitungs-Referate über die am 20. Juni stattgehabte Sitzung der hiesigen Handelskammer ist eines Ministerial-Reskripts gedacht, durch welches auf eine Reihe von Berichten aufmerksam gemacht wird, welche von dem General-Konsul für Syrien und Egypten über die dortigen Handels- und Gewerbs-Verhältnisse erstattet worden sind. Das gedachte Reskript lautet:

In dem am 1. Mai d. J. erscheinenden Hefte wird das Handels-Archiv eine Reihe von Berichten bringen, welche der General-Konsul v. Pentz in Kairo über die Handels- und Gewerbs-Verhältnisse Syriens und Egyptens hierher erstattet hat. Die Berichte sind zum Theile schon im verfloffenen Jahre durch die Deutsche Reform veröffentlicht worden. Bei dem großen Interesse, welches sie gewähren, hat es indessen zweckmäßig geschienen, sie mit den später eingegangenen Berichten nochmals im Zusammenhange abdrucken zu lassen, um die Aufmerksamkeit des Handelsstandes mehr, wie dies bisher geschehen zu sein scheint, darauf hinzulenken, und demselben Gelegenheit zu geben, sich über die darin enthaltene Ansichten und Vorschläge auszusprechen. Es ist zu wünschen, daß dies Seitens derjenigen Handelsvorstände geschehe, in deren Geschäftskreisen der Inhalt der Berichte von besonderem Interesse ist, damit der königliche General-Konsul mit materiellen Andeutungen über die seinen anerkanntwerthen Bestrebungen zu gebende Richtung versehen werden könne.

In den Berichten wird an mehreren Stellen auf Muster und Proben Bezug genommen, welche der Berichterstatter nach und nach eingesendet. Ich habe dieselben in Cirkulation gesetzt und werden der Handelskammer sämmtliche auf die Wollen-Fabrikation bezügliche Gegenstände mit einem Verzeichnisse, welches dieselbe spezifizirt, durch die Handelskammer in Essen seiner Zeit zugehen u. s. w.

Berlin, den 24. April 1851.  
Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.  
(Gez.) v. d. Heydt.

Bei der Wichtigkeit, die der Herr Minister diesen Berichten beilegt, scheint es angemessen, dieselben vor ein größeres Publikum zu bringen, als dasjenige ist, welches das Handels-Archiv liest. Wir werden deshalb aus diesen Berichten zunächst das mittheilen, was für die hiesige Provinz von vorzugsweisem Interesse ist und ohne Ansicht der Proben, welche noch nicht eingegangen sind, verstanden werden kann. Sobald die in Aussicht gestellten Proben eingegangen sind, werden dieselben in dieser Zeitung mit Berücksichtigung der in den Konsular-Berichten enthaltenen Mittheilungen näher besprochen werden. Den ersten Bericht, welcher sich über die allgemeinen bei dem Handel nach dem Orient festzubaltenden Gesichtspunkte verbreitet, lassen wir hier unten ungekürzt folgen und bemerken nur noch, daß dem in Rede stehenden General-Konsulate in der Person eines früheren Kaufmannes ein gebildeter Beamte beigegeben ist, welcher ausschließlich auf die merkantilen Interessen sein Augenmerk zu richten hat.

Dieser erste Bericht lautet:  
Beirut, den 23. Juli 1850. Seit meiner Anwesenheit im Orient habe ich mich auf das Sorgfältigste mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise unserem Verkehr in diesem Theile der Erde ein größerer Ausschlag gegeben werden könnte? Im Allgemeinen habe ich an Ort und Stelle die Ansicht gewonnen, daß unser Handelsstand nur dann auf eine größere Ausdehnung der Verbindungen mit den hiesigen Ländern rechnen darf, wenn er sich entschließt, hier Agenturen zu errichten. Die beiden Nationen, welche hier am meisten importiren, die Engländer und Schweizer, haben in allen Hauptplätzen der Levante Kommanditen errichtet und der genaue Kenntniß, welche ihre Agenten von den Bedürfnissen des hiesigen Marktes und dem Gange des Handels besitzen, verdanken sie ihr großes Uebergewicht in allen merkantilen Operationen. So lange daher nicht auch bei uns diese Form des Verkehrs gewählt werden wird, werden







hervorragende Bestandtheile. Man findet hier eisenschwere Hölzer, deren Härte sie für den Gebrauch fast untauglich macht, z. B. *Brosimum Aubletii* Poepp., dessen braunes, hieroglyphenartig schwarz-gezeichnetes Holz sich trefflich zur Kunstschlerei für eingelegte Arbeiten z. eignen würde, wenn es nicht so hart wäre. Andere Arten, welche wir wie Burbaum und Ricinus nur als Sträucher und Stauden kennen, sind in Spanien, Alger u. s. w. durch dicke und große Bretter repräsentirt. Das Holz von *Eporna falcata* (Guinea) ist so hart, daß es, zu Schindeln gebraucht, vierzig Jahre lang dauern soll, ohne zu faulen. Unformliche Blöcke des blauen Gummibaumes erregen durch ihren großen Umfang eben so sehr die Aufmerksamkeit des Vorübergehenden, als die häufig vorhandenen dünnen und tief der Länge nach rinnenförmig ausgeschweiften Stämme von *Aspidosperma* mit ihrem schwarzen Holze. Das von *Copaifera* (*pubiflora*? Guinea) soll nach Binkley so hart sein, daß es selbst Kanonenschüssen in nicht zu beträchtlicher Entfernung widersteht und vielfach in der Maschinenerie gebraucht wird. Von ähnlicher Beschaffenheit ist *Dipteryx odorata* W., von welchem ein zollbides Stück bestimmter Länge (ich kann nicht dafür, daß sie nicht angegeben ist) eine Last von 100 Pfund tragen soll, und sich demnach gut zu Reicheln, Kläden u. s. w. eignet. Die meisten südlichen Holzarten zeichnen sich durch Härte und Schwere aus, die Sammlungen enthalten jedoch auch eine bedeutende Auswahl solcher, welche sich zum Schiffbau eignen und seit einiger Zeit in England für diesen Bedarf eingeführt werden. Das Korholz von *Pterocarpus Draco* L. ist so außerordentlich leicht, daß man ein nicht unbedeutendes Stück eine ganze Strecke fortblasen kann. Unter den ost- und westindischen Vegetabilien befinden sich auch eine große Anzahl von (besonders gelben) Färbepflanzern. Die englischen Zeitungen machten vor einiger Zeit viel Aufhebens von einer vegetabilischen schwarzen Farbe, welche im ostindischen Departement und Guinea ausgestellt ist und die mineralische ersetzen soll. Es ist mir bis jetzt nicht gelungen, die ostindische aufzufinden; dagegen habe ich die aus Guinea durch wiederholtes Eintauchen eines weißen Zeuges und Besprengen der Haut probirt und gefehen, daß sie weder besser noch schlechter als unsere gewöhnliche aus Galläpfeln verfertigte Dinte färbt. Sie wird aus den, gleich unreifen welschen Nüssen viel aufbläsbaren Gerbestoff enthaltenden, Früchten der *Genipa americana* L. gewonnen, färbt bläulich schwarz und mag sich ganz gut zum Anstreichen indianischer Gesichter eignen, wird aber der europäischen Färberei trotz der Voraussetzung englischer Journalisten keinen Zuwachs an Material gewähren. Sollte die ostindische Schwärze ein genügendes Resultat geben, so werde ich nicht verfehlen, es bekannt zu machen. Obne Zweifel werden die offiziellen, sachverständigen Berichte sich näher auf Details einlassen, als ich im Stande bin, und unter Andern auch die wichtigsten Artikel der einzelnen Holzsammlungen von Frankreich, Spanien, England, den englischen Kolonien, Ostindien und den Vereinigten Staaten hervorheben. Ebenso muß ich jenen zu erwartenden Berichten die Untersuchung der zahllosen Gewürze und Spezereien, sowie das Kosten der eingemachten Früchte überlassen; denn ich sehe, daß ich trotz der unerhörtesten Willkür in meinen Beschränkungsmaßregeln dennoch ziemlich weitläufig geworden bin, ohne den vorliegenden Stoff nach der ausgedehntesten Beileitung der Einzelheiten bewältigt zu haben. Das Thierreich bietet sowohl dem Liebhaber kurzgefaßter Uebersichten, als mir selbst einen willkommenen Erlass dar. Ich werde mich eben so sehr hüten, gegerbte Felle und Leder, als ausgestopfte Naturalienkabinette als Rohstoffe zu behandeln. Ich kenne das preussische Gewerbegesetz zu gut, um die Fabrikate von Weiß- und Rothgerbern unter jene Rubrik zu verweisen, und was die mit Stroh und Heu in Gestalt von reisenden und nicht reisenden Thieren ausgestopfte Natur anlangt, so muß sie als ein wissenschaftlicher Präparat für zoologische und pädagogische Zwecke betrachtet werden. Die niedliche Stuttgarter Sammlung von H. P. Bouquet nimmt sogar einen noch idealeren Anlauf, da ein Theil von ihr, als ausgestopfte Poesie, die Geschichte „Reincke der Fuchs“ darstellt und als solche nicht wenig von den profaischen Briten angestaunt wird. Der ausgestopfte Reincke macht dem Kobi-noor und den Bijouterien des Herrn Lémonieur, ja sogar der Rißichen Amazone den Rang streitig, so populär ist er geworden. In Betreff des Schaffscheerens bin ich jedoch außer Zweifel, daß diese Beschäftigung nicht unter die Bestimmungen des Gewerbegesetzes fällt, Wolle demnach mit gutem Gewissen als Rohstoff behandelt werden kann. Hier nimmt der Zollverein, namentlich Preußen, den ihm gebührenden Platz ein, obgleich unter den Schlesiern viele Namen vermisst werden, welche auf den Wollmärkten einen besonders guten Klang haben. Uns Preußen haben Wollstoffe oder Proben eingesandt Thier aus Madain bei Brieken, Bar. Eckardstein aus Reichenow ebenda, Graf v. Schwerin aus Wollshagen in der Uckermark, Domänen-Amt Haysnburg, Frh. v. Lüttich aus Simmenau, Bar. v. Ziegler aus Dambrau, E. Lübbert aus Zweibrot, R. Lehmann aus Nisse bei Kossen, Bar. v. Rothschild aus Schillersdorf, Nordmann aus Liszkowo bei Inowraclaw, Legationstr. Kupfer aus Gahze, J. v. Lipski (ein Blies vom Widder-Konsul I., der Königin und Prinz Albert zum Geschenk, als ein Zeichen der Dankbarkeit für die Aufnahme polnischer Flüchtlinge) aus Obornik, Graf Münchendorf bei Duedlinburg, Remonte-Depot zu Treptow, kgl. Stammschäferei zu Frankensfelde bei Brieken, Oberburggraf v. Brünneck aus Trebnitz. Auch aus Sachsen sind einige Sorten eingesandt worden. Nächst Preußen hat Rußland, Spanien, dieses besonders in seinen Merinos, und Frankreich die größten Sammlungen aufzuweisen. In Frankreich ist General Girod aus Chevre bei Ger, dessen Herde als eine vorzügliche bezeichnet wird und seit 53 Jahren bestehen soll, der hauptsächlichste Aussteller. Schweden, Dänemark, Oesterreich, Belgien, Portugal und die Türkei sind ebenfalls vertreten, und von außereuropäischen Ländern Alger (seine Merinos), die Vereinigten Staaten, Madeira, Neu-Seeland, Van Diemens Land, besonders aber Neu-Südwalde zu nennen, welches 1805 die ersten Schafe einfuhrte. Seine erste Ausfuhr von Wolle nach England betrug im J. 1807 nur 245 Pfund, die von 1850 dagegen nahe an 36 Millionen Pfund. — Peru hat Lama-Wolle geliefert, und die Türkei Haare der Camelziege; Rothhaare natürlich Rußland, die

Türkei, Nordamerika, Portugal; Borsten Preußen (Halle) und Belgien; Straußfedern Tunis und die ostindische Kompagnie (aus Aden); Schwämme besonders die westindischen Inseln, deren Exemplare bis 1 1/2 Fuß im Durchmesser haben, dann Tunis, Griechenland und die Türkei; Talg die Verein. Staaten und Neu-Südwalde; eingepökeltes Rindfleisch, Schinken z. die Verein. Staaten. Als Unikum seiner Art prangt unter einer Glasglocke der geräucherete Buckel irgend eines unglücklichen Bison-Ochsen. Die Spitze aller Delikatessen aber bilden in China eine Sammlung indianischer Vogelnester, an einen künstlichen Felsen befestigt. Seide, deren Fabrikate im Gebäude einen so bedeutenden Raum einnehmen, und fast von allen Völkern ausgestellt sind, findet sich hauptsächlich im chinesischnen Departement in großen Quantitäten. Aber auch in diesem Kulturzweige beansprucht Frankreich den Vorrang. Während sich auf der Gallerie eine lange Reihe der herrlichsten Lyoner Seidenwaaren der Beachtung anfrängt, nimmt uns die zweckmäßige Ausstellung der Rohseide und ihrer stufenweisen Behandlung bis zum Gewebe kaum minder in Anspruch. Die südlichen Länder der alten Welt, als Spanien, Portugal, Madeira, Griechenland, die Türkei, Korsu, die Schweiz, Italien, Belgien, Oesterreich, Rußland und Preußen — (Posen) — haben Rohseide ausgestellt, selbst die Insel Guernsey zeigt durch einige eingefandte Proben, daß sie der Liebhaberei, mit Watter und Noth Seide zu gewinnen, ebenfalls nicht fremd ist. Es kann mir unmöglich einfallen, mich auf eine Untersuchung einzulassen, in wie weit die Seidenzucht in nördlichen Ländern bleibenden Erfolg verspricht; aber ich kann auch den Eindruck nicht verhehlen, welchen der Contrast zwischen der massenhaften Seidenkultur des Südens, und den, je weiter man nach Norden kommt, immer pärtlicher auftretenden Repräsentanten derselben auf mich machte. Die Fabrikation des Rübenzuckers hat sich fast des ganzen einheimischen Marktes in verhältnißmäßig kurzer Zeit bemächtigt; ich bezweifle, daß den, ohne Zweifel sehr verdienstlichen Anstrengungen nördlichen Seidenzüchtern gelingen wird, auch nur ein annäherndes Resultat zu erreichen. Die Engländer, in solchen Dingen ein sehr praktisches Volk, haben bis jetzt der einheimischen Seidenzucht nur sehr geringe Aufmerksamkeit gewidmet, was sie gewiß thun würden, wenn sie einen Erfolg erwarteten. In englischen Departements finden sich, wie bei dem Flach, Hanf, Bauholz, Rohseiden aus China, Persien, Bengalien, Syrien, Italien, Valencia, Frankreich, Griechenland, der Schweiz in übersichtlicher Reihenfolge neben einander aufgestellt; aus England selbst liegt jedoch nur eine beschriebene Probe einheimischer Seide, von einer Madame Katharine Dodge in der Grafschaft Surrey gezogen, vor, und zwar als erster Versuch. \*)

London, 27. Juni. [Industrie-Ausstellung.] Aus ziemlich gut unterrichteter Quelle erfahre ich so eben, daß die Tuchwaaren des Zollvereins neunzehn, die österreichischen dagegen nur vier Preise erhalten werden.

\*) In meinem letzten Referate haben sich zwei Irrthümer eingeschlichen, welche berichtigt werden müssen. In den Vereinigten Staaten befindet sich nur ein Stück Zinkerz im Gewichte von 16.400 Pfund; die Kupfer-Exemplare haben sämmtlich ein geringeres Gewicht. Zweitens bestehen die französischen Mühlsleine nicht aus Granit, sondern aus dem sogenannten Silix molaire, einem chaledonähnlichen Mineral. Mehrere Mühlsleine aus Lava von Salomon Landau aus Koblenz eingesandt, verdienen noch erwähnt zu werden.

**Mannigfaltiges.**

— # (Kuriosum.) In einem dorfgerrichtlichen d. d. Mittel, Kreis Lublinitz, den 26 April 1809 aufgenommenen Ehepatte befindet sich unter andern Angeldbnissen buchstäblich auch folgendes: „Viertens. Versprechen Braut und Bräutigam einander, daß wenn eins von Beiden mit Tode abgeht, das eins aufs andere stirbt.“

— (Königsberg, 28. Juni.) Sicherem Vernehmen nach hat gestern früh in dem 1/2 Meile von der Stadt entfernten Lustorte Marauen ein Pistolenduell stattgefunden, bei welchem Professor Dr. Burow als Arzt assistirte. Die Duellanten sind Studenten gewesen. — Da der Braunsberger Kreis noch immer von Wölfen beunruhigt wird, so hatte man in den letzten Tagen voriger Woche wieder eine große Wolfsjagd veranstaltet. 150 Jäger des in Braunsberg stehenden 1. Jägerbataillons unter dem Kommando zweier Offiziere, viele Privatjäger und mehrere hundert Treiber nahmen thätigen Antheil. Es wurden unter Leitung des Oberförster Angern zwei Kreiben gehalten, beide indeß erfolglos, was um so bedauerlicher ist, als nur am Tage vor der Jagd früh Morgens bei Kälberhaus circa 1/2 Meile von Braunsberg eine Kuh von Wolfe zerrissen wurde, und fortwährend von andern Orten des Kreises viele Klagen über von Wölfen unterm Vieh angerichteten Schaden eingehen. Von Seiten des Kreisvorstandes, Landraths v. Schwarzhoff, soll nun noch eine große Wolfsjagd veranstaltet werden, deren spezielle Leitung indeß geleslich dem betreffenden kbnigl. Oberförster zu steht. (Ostpr. Z.)

— (Entdeckung der Ruinen von Memphis.) Endlich sind nicht bloß die genaue Lage, sondern auch die Ruinen dieser berühmten alten Stadt entdeckt. Eine Mittheilung von Herrn Mariette benachrichtigte die Akademie, daß er Nachgrabungen habe anstellen lassen, und in einer Tiefe von 2 — 12 Metres mehrere Denkmale griechischer und ägyptischer Baukunst, darunter das von Strabo erwähnte Serapeum, entdeckt habe; auf dem Wege nach letzterem fand sich eine bedeutende Anzahl im Halbkreis aufgestellter Statuen, welche Sphinxen und alle Arten griechischer und ägyptischer Gestalten darstellten. (Liter. Gaz.)

**Kladderwatsch.**

L O N D O N.

Humoristische Schilderungen der Industrie-Ausstellung. Mit Illustrationen, 2. Heft, Preis 2 1/2 Sgr., ist soeben eingetroffen in der Buch- und Kunsthandlung Ignaz Kohu, Finkenstraße Nr. 13, neben der goldenen Gans.

[24] Auch der Unterzeichnete empfiehlt die Durchsicht des jüngst in achter Auflage erschienenen Schriftchens:  
**Ohren-leidenden aller Art.**  
 „Taubheit ist heilbar,“  
 Preis 7 1/2 Sgr. )  
 auf welches in mehrfachen öffentlichen Empfehlungen, wie durch glaubigste Zeugnisse, unter andern von Herrn Kaufmann Langenmayer in Rempten, Lehrer Kunze in Lindentreu bei Vera, Maurermeister Trampe in Köslin und vielen Andern unter Anführung ersaunlicher Erfolge hingewiesen worden ist.  
 M. von Gerhäuser, Apotheker in Dlmüg.

[33] **Zur Beachtung für Fußleidende!**  
 Die Pflaster zur Vertilgung der **Sühneraugen, Warzen, eingewachsenen Nägel und Frankes Ballen** sind nur noch bis Sonnabend Abend den 5. d. M. in meiner Wohnung: Ring Nr. 12, zweite Etage, im Hause des Weinkaufm. Hrn. Philippi, um den Preis: 6 Pflaster 10 Sgr., 1 Töpfchen mit 15 Pflastern, zur jahrelangen Aufbewahrung geeignet, um 15 Sgr. zu erhalten; jeder Portion ist eine genaue Anweisung beigelegt, nach deren Befolgung jeder Leidende leicht selbst den gewünschten Erfolg finden wird.  
 Marianne Grimmert aus Berlin.

[37] Es wird ein Quartier von einem sehr großen Zimmer oder kleinem Saal nebst einem oder zwei daranstoßenden kleineren Zimmern in einem belegenen Stadttheile von Michaelis ab zu mieten gesucht. — Meldungen mit Angabe des Preises sind bis Sonnabend den 5. Juli d. J. bei dem Schornsteinfegermeister Herrn Hüllebrand junior, Ritterplatz Nr. 3, abzugeben.

\*) In haben in allen Buchhandlungen Deutschlands und Oesterreichs. Borräthig in Breslau bei Graf, Barth und Comp., Herrenstraße Nr. 20.







[114] Auktion. Den 2. und 3. d. M. früh 10 Uhr sollen Nikolai-Strasse Nr. 23 Rhein- und Rothweine, Rum, und 10 Mille Cigarren öffentlich versteigert werden.

[113] Auktion. Am 3. d. M. Vormittags 10 Uhr soll in Nr. 2 Keulche-Strasse eine nicht unbedeutende Partie Cigarren versteigert werden.

[36] Auktion. Morgen den 3. Juli, Vormittags von 9 und Nachmittags von 3 Uhr ab, werde ich Ring Nr. 30, 1 Treppe hoch, verschiedene sehr gut erhaltene Möbel von Mahagoni, Kirschbaum und andern Hölzern, als:

[41] Bekanntschaft. Die Erben des Rittmeister Körner beabsichtigen zum Zweck der Auseinandersetzung, das ihnen gehörige, im Rohnitzer Kreise bei Sorau in D.-S. gelegene Rittergut Brodel aus freier Hand zu verkaufen.

[25] Verkauf einer bayerischen Bierbrauerei und resp. Compagnon-Gesuch. Eine in einer volkreichen Stadt belegene, im vollen Betriebe stehende bayerische Bierbrauerei mit vorzüglichen Gebäuden und Kesselwerk steht mit einer Anzahlung von 2 bis 500 Thlr. entweder zum sofortigen Verkauf, oder es kann ein geschickter, thätiger Bierbrauer mit einem Fonds wie der genannte als Compagnon eintreten.

[108] Kuchholz-Verkauf. Circa 1000 Stück ganz trockene reine Bohlen und Bretter von Eichen, Ahorn, Erlen, Weiß- und Rothbuchen, 1 bis 7 Zoll stark, sind im Ganzen wie einzeln billig zu verkaufen.

10,000 Thaler gebe ich demjenigen, welcher beweist, daß das von mir, Leopold Lob, Chemiker in Paris, erfundene Eau de Lob, keine neuen Haare auf Zahlen Köpfen erzeugt, oder daß die tausende von Certificaten der ehrenwerthen Personen, welche beurkunden, daß mein Eau de Lob denselben wieder einen neuen Haarschmuck hervorbringen machte, resp. das Ausfallen der Haare gänzlich gehemmt hat, falsch seien.

[31] Ein unverheiratheter in seinem Fache erfahrener Kunst-, Baum- und Gemüsegärtner, welcher früher schon einem großen Garten selbstständig vorgestanden, und der sich durch Zeugnisse über seine Fähigkeiten genügend ausweisen kann, findet ein Unterkommen zum 1. August d. J. bei dem Dominio Mittel-Langendöls bei Landau.

[116] Frachtgüter nach den Baderorten Reinerz und Endowa übernimmt unter reeller und prompter Beförderung der Fuhrmann Jos. Liebig von Reinerz, sowie nach Charlottenbrunn, Tannhausen, Kunzendorf der Fuhrmann Franz Böhm von Neurode zu soliden Frachtbetragungen.

[96] Eine Köchin zur Uebernahme einer Restauration sucht Poewe, Pechhütte, erste Etage.

[87] Ein Zuckersiedermeister, der das Kochen auf Kohlen und das Raffinieren mit Vacuum gründlich versteht, sucht ein Unterkommen. Näheres bei Herrn J. Triefst, Dhlauerstraße Nr. 24 25.

Schießwerder-Garten. Heute, Mittwoch den 2. Juli: Großes Militär-Konzert von der Kapelle des 19ten Regiments.

[117] Fürstengärten. Heute Mittwoch: großes Konzert.

Liebichs Garten. Heute Mittwoch: Konzert von der Sängerkapelle Schattinger.

[95] Meinen Gasthof in hiesiger Kreisstadt am Markt belegen, aus 9 heizbaren Zimmern und sonstigem Zubehör, bedeutendem Hofraum, Stallung zu 20 Pferden, Wagenremise und großem Bodenraum bestehend, mit circa 4 Morgen zweischürigen Wiesen, bin ich Willens Alters halber unter günstigen Bedingungen mit 3000 Thaler Angel zu verkaufen.

[92] Garten-Verpachtung. Der Obst- und Gemüse-Garten, Magazinstraße zur Hoffnung, ist zu verpachten. Näheres beim Maurermeister Hayn daselbst zu erfahren.

[93] Wagen-Verkauf. Neue Kirchgasse Nr. 6, par terre links, ist eine Fenster-Chaise im ganz guten Zustande zu verkaufen.

Resource zur Geselligkeit. Donnerstag den 3. Juli, Nachmittag 3 Uhr: Concert im Sommerlokal.

[99] Heiraths-gesuch. Ein vermögender Mann mosaischen Glaubens, von achtbarem Rufe und gefälligem Aussehen, sucht, da es ihm an Damenbekanntschaft fehlt, eine Lebensgefährtin mit einem Vermögen von 6 bis 8000 Thlr.

[86] Sonntag den 29. Juni ist auf dem Weidenbäume ein schwarzleiderer Regenschirm verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird erucht, solchen gegen angemessene Belohnung Dhlauerstraße 79 im Gewölbe abzugeben.

[106] 2 Bouffolen nebst Zubehör sind billig zu verkaufen Karlsstraße Nr. 16, dritte Etage.

[32] Wer eine birkenne, verschleißbare, gut gehaltene Spiegel-Servante zu verkaufen wünscht, melde sich Neue-Schweidnitzerstraße Nr. 7 bei Mottschel im Kellergewölbe.

[109] Neue-Taschenstraße Nr. 6 b. ist zu Michaelis zu beziehen in der 3. Etage eine schöne Wohnung von 3 Zimmern, 1 Kabinett und Kochstube mit geschlossenem Entree und Beigelas.

[115] Am Rathhause Nr. 22 (Kiemerzeile) ist der 1. und 2. Stock zu vermieten und Michaelis d. J. zu beziehen. Näheres bei M. Schreiber Blücherplatz Nr. 14.

[107] Ein Gewölbe-Ausbau und Schaufenster wird zu kaufen gesucht Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 67 par terre.

[91] Wohnungen zu 15, 20, 30 Rthl. sind zu vermieten Siebenhubenerstraße Nr. 1.

[39] Die erste Etage im Hinterhause, bestehend aus 5 Stuben, heller Küche und nöthigem Gefäß, ist zum 2. Juli Antonienstraße 33 zu beziehen.

[104] Zu Michaelis ist eine Wohnung im 2. Stock für 140 Thlr. zu beziehen Gartenstr. 34.

So eben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen: Anleitung zur Anlage, Behandlung und Benützung von Eichenschälwaldungen. Nach den neuesten darüber gemachten Erfahrungen zusammengestellt von J. B. Massaloup.

So eben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen: Uranos. Synchronistisch geordnete Ephemeride aller Himmelserscheinungen des Jahres 1851. Zweites Semester.

[110] Hartmanns, ehem. Zahns Garten. Heute, Mittwoch, Konzert der steirischen Naturfänger Nemmele und Frau. Anfang nach 5 Uhr. Entree: Herren 2/2 Sgr. Damen 1 Sgr.

[77] Zu vermieten ist Bischofsstraße Nr. 7 eine Wohnung von 5 heizbaren Piecen, Kabinets und Beigelas; eine Wohnung von 3 ganz großen Piecen mit Küche und Beigelas, und eine Wohnung von Stube, Alkove und Küche. Das Nähere Karlsstraße Nr. 1, eine Stiege beim Wirth.

[97] Ritterplatz Nr. 1, in der dritten Etage ist eine Wohnung von 4 Zimmern, 1 Alkove und Küche nebst Zubehör zu vermieten und bald oder zu Michaelis zu beziehen.

[98] Zu vermieten und sofort zu beziehen, Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 25, gerade über der Taschenbastion: eine neu tapezirte herrschaftliche Wohnung.

[103] Kupferschmiede Nr. 34 ist eine Wohnung von zwei Stuben, Alkove und Beigelas zu vermieten und Michaelis zu beziehen. Das Nähere beim Wirth.

[94] Königsplatz Nr. 4 ist die Bell-Étage, bestehend aus 9 bis 11 Zimmern nebst erforderlicher Stallung und Remise zu Michaelis zu vermieten. Auch ist Garten-Besuch damit verbunden.

[100] Albrechtstraße Nr. 21, vis-à-vis der königl. Regierung, ist der dritte Stock bald zu vermieten und den 1. Oktober zu beziehen. Seligmann Lion, Blücherplatz Nr. 6.

[88] Zu vermieten Michaelis d. J. Breitestrassen Nr. 15 par terre eine Wohnung von 3 Stuben, Kochstube mit verschlossenem Entree.

[68] Zwei Wohnungen zu 20 Thlr. sind Weißgerbergasse Nr. 24 sofort beziehbar.

[111] Zu vermieten und Michaelis zu beziehen ist der 3te Stock nebst Zubehör Neumarkt Nr. 9.

[83] Sager's Hôtel garni, Dhlauerstraße Nr. 75, (drei Linden) empfiehlt sich zur gütigen Beachtung.

[102] Hôtel garni, Schweidnitzer- und Zunkerstrassen-Ecke im goldenen Löwen, empfiehlt sich den geehrten Reisenden.

[35] Fremden-Liste von Zettlig Hôtel. Gen.-Lieut. v. Grotenhelm aus Warschau. Oberst v. Nordeck-Rabenau aus Hessen. Ingenieur Bachaus aus Lüttich. Kaufm. Ming aus Triest. Cafetier Köhler aus Lublin. Dr. fizier Blausly aus England.

Markt-Preise. Breslau am 1. Juli 1851. festsche, feine, mit., ordn. Waare. Weiser Weizen 68 66 62 59 Sgr. Gelber dito 66 65 62 59 Roggen 45 44 42 40 Gerste 36 34 33 32 Hafer 35 34 32 30 Winter-Rübsen 70 - - - Spiritus 7 1/2 Rthl. St. Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

30. Juni, 1. Juli Abd. 10 U. Morg. 6 U. Nachm. 2 U. Luftdruck h. 0° 27.945... 27.967... 27.929... Luftwärme + 13.4 + 11.5 + 18.0... Thaupunkt + 5.90 + 8.67 + 3.57... Dunstfättigung 51 pCt. 79 pCt. 31 pCt. Wind NW NW NW Wetter wolkig wolkig heiter Wärme der Ober + 13.8

Börsenberichte. Breslau, 1. Juli. Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95% Br. Kaiserliche Dukaten - - - Friedrichsd'or 113% Br. Souid'or 108% Gl. Polnisch Courant 95% Br. Oesterreichische Banknoten 82% Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 129 Br. Preussische Bank-Antheile - - - Freiwillige Preuss. Anleihe 5% 106 Gl. Neue Staats-Anleihe 4 1/2% Gl. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthl. 3 1/2% 87% Gl. Breslauer Stadt-Obligationen 4% 99% Br. Breslauer Rämmelet-Obligationen 4 1/2% 102 Gl. Breslauer Gerechtigkeits-Obligationen 4 1/2% - - - Großherzoglich Polener Pfandbriefe 4% 102 Gl. neue 3 1/2% 92% Br. Schleische Pfandbriefe à 1000 Rthl. 3 1/2% 96% Br., neue schleische Pfandbriefe 4% 102% Gl. Litt. B. 4% 102% Gl. 3 1/2% 92% Gl. Alte polnische Pfandbriefe 95% Br., neue 94% Gl. Polnische Partial-Obligationen à 300 Rthl. - - - Polnische Schatz-Obligationen - - - Polnische Anleihe 1835 à 500 Rthl. - - - Polnische Certificat à 200 Rthl. - - - Eisenbahn-Aktien: A. 132 1/2 Gl., Litt. B. - - - Priorität 4% - - - Krakau-Ober-schlesische 82% Br., Priorität 4% - - - Nieder-schlesisch-Märk. 89% Br., Priorität 4% - - - Priorität 1% - - - Serie III. 104 1/2 Br. Wilhelmshafen (Rosl.-Oderberg) - - - Priorität 105 Br. Brieger 50% Br. Berlin-Hamburger - - - Rdn.-Mindener - - - Priorität 105 Br. Sächsisch-Schlesische - - - Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37 1/2 Gl. Posen-Star-gard - - - Rentenbriefe 98% Gl. Berlin, 30. Juni. Die Börse war heute sehr fest und die meisten Effekten mußten zur Ultimo-Liquidation höher bezahlt werden.